

Andreas Schalück  
Eine Agentur der Kirchen im Staatsapparat?

Studien des Forschungsverbundes SED-Staat  
an der Freien Universität Berlin

Herausgegeben von  
Klaus Schroeder und Manfred Wilke

Andreas Schalück

# Eine Agentur der Kirchen im Staatsapparat?

Otto Nuschke und die Hauptabteilung  
„Verbindung zu den Kirchen“  
1949–1953



Akademie Verlag

Titelfoto: In der ersten Reihe von links Otto Grotewohl, Walter Ulbricht, Otto Nuschke und Willi Stoph bei einem Empfang der DDR-Regierungsdelegation am 21. 09. 1955.

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Bildarchiv. Bundesarchiv, Bild 183/32993/19

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Schalück, Andreas:**

Eine Agentur der Kirchen im Staatsapparat? : Otto Nuschke und die Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“ 1949–1953 / Andreas Schalück. –

Berlin : Akad. Verl., 1999

(Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin)

Zugl.: Diss., 1996

ISBN 3-05-003467-X

ISSN 0946-9052

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 1999

Der Akademie Verlag ist ein Unternehmen der R. Oldenbourg-Gruppe.

Das eingesetzte Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

Druck: GAM Media, Berlin

Bindung: Druckhaus „Thomas Müntzer“, Bad Langensalza

Printed in the Federal Republic of Germany

# Inhalt

Vorwort .....	IX
Danksagung .....	XV
I. Einleitung .....	1
1.1 Einführung .....	1
<i>Forschungsansatz S. 6; Quellenlage S. 10; Aufbau der     Untersuchung S. 13</i>	
1.2 Rahmenbedingungen .....	14
1.2.1 Staatliche Kirchenämter in den „Volksdemokratien“ .....	14
1.2.2 Sowjetische Kirchenpolitik in Deutschland .....	16
<i>1945–1949 S. 18; 1949–1953 S. 21</i>	
II. Die Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“ als Institution .....	27
2.1 Gründung der Hauptabteilung .....	27
2.2 Struktur der Hauptabteilung und des Sekretariats von Otto Nuschke .....	31
2.2.1 Berufung von Kurt Grünbaum .....	32
2.2.2 Stellenpläne der Hauptabteilung und des Sekretariats Nuschke .....	34
2.2.3 Zersetzung der Hauptabteilung ab Sommer 1952 .....	41
2.3 Bemühungen zur organisatorischen und personellen Umbildung der Hauptabteilung .....	45
2.3.1 Vorschläge aus der Ost-CDU .....	45
2.3.2 Nuschkes Verhandlungen um die Grünbaum-Nachfolge .....	50
2.3.3 Umstrukturierungs-Planungen der SED-Kirchenabteilung beim ZK .....	51
2.3.4 Vorstellungen des Ministeriums für Staatssicherheit .....	54
2.3.5 SED-Politbüro-Beschluß zur Auflösung der Hauptabteilung .....	57
2.3.6 Überlegungen zu einem „Beirat für Kultusfragen“ .....	58
2.4 Prägende Personen .....	63
2.4.1 Otto Nuschke .....	63
2.4.2 Kurt Grünbaum .....	70

2.4.3	Dieter Bernhard .....	78
2.4.4	Gerhard Liebrecht .....	83
2.4.5	Albert Hirsch .....	86
2.4.6	Helmut Enke .....	90
III. Die Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“ im System des SED-Staates .....		95
3.1	Das Verhältnis der Hauptabteilung zur SED und zum Ministerium des Innern.....	95
3.1.1	Die Hauptabteilung und die SED .....	95
	<i>Politbüro und Sekretariat des ZK der SED S. 95; Nuschkes Verhältnis zu Grotewohl und Ulbricht S. 98; Der Sektor Kirche der Abteilung Staatliche Verwaltung beim ZK der SED S. 103</i>	
3.1.2	Die Hauptabteilung und das Ministerium des Innern .....	109
3.2	Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit .....	116
3.3	Ursachen für die begrenzten Erfolge der Hauptabteilung und Nuschkes Verbleiben in der Regierung .....	126
3.3.1	Nuschke als sowjetischer Repräsentant im Westen .....	126
3.3.1.1	Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der SED .....	126
3.3.1.2	Das Verhältnis zwischen Nuschke und der UdSSR .....	136
	<i>Die Ablösung Jakob Kaisers und die Gründung der DDR S. 137; Sowjetische Skepsis gegenüber Nuschkes Einsatz S. 140; Motive der Kooperation zwischen Nuschke und der sowjetischen Besatzungsmacht, S. 141</i>	
3.3.2	Straffe Führung innerhalb der Hauptabteilung .....	148
3.3.3	Unklare Kompetenzenregelung der SED, Eigenmächtigkeiten und Eigeninitiativen der Hauptabteilung .....	153
3.3.4	Zusammenarbeit von Hauptabteilung und Kirche .....	157
3.4	Ursachen des mangelnden Erfolgs der Hauptabteilung .....	161
3.4.1	Nichtbeteiligung der Hauptabteilung am Entscheidungsprozeß .....	161
3.4.2	Richtungskämpfe innerhalb der Ost-CDU .....	164
IV. Staat-Kirche-Konflikte .....		169
4.1	Junge Gemeinde.....	169
	<i>Divergierende Auffassungen über die Kirchenjugend innerhalb der Regierung S. 170; Die erste Konfrontation: Das Bach-Fest in Leipzig 1950 S. 171; Verlagerung der Auseinandersetzung auf Nebenschauplätze: Der Landesparteitag der Ost-CDU Sachsen-Anhalts in Halle 1950 S. 173; Forcierung durch die SED: Diskussion um das Kugelkreuz S. 174; Verschärfung nach der II. SED- Parteikonferenz S. 176; Nuschke als Vertreter der Staatsräson S. 178; Eigenverantwortliche Initiative der Hauptabteilung S. 179; Offene</i>	

	<i>Auseinandersetzung S. 181; Widerstand der Kirche S. 185; Uneinheitliches Meinungsbild innerhalb der Ost-CDU S. 186; Staat-Kirche-Kommuniqué vom 10.6.1953 S. 190</i>	
4.2	Die Auseinandersetzung um die Evangelische Kirche der Altpreußischen Union .....	191
	<i>Uneinheitliche Auffassungen innerhalb der Regierung zur APU 1951 S. 192; Veto des Innenministeriums gegen die neue APU-Ordnung S. 194; Übermittlung des Einspruchs durch die Hauptabteilung S. 195; Unterstützung des Widerstands der Kirche durch Nuschke S. 196; Eigeninitiative Nuschkes S. 197; „Politik der Nadelstiche“ – Verbot der APU-Synode in Görlitz S. 198; Nuschke als Vertreter der Staatsräson S.199; Kürzung der Staatsleistungen S. 201</i>	
4.3	Finanzpolitik .....	205
4.4	Kirchensteuererhebung .....	217
4.5	Anmeldepflicht von Veranstaltungen .....	230
4.6	Religionsunterricht .....	239
4.7	Theologische Fakultäten und kirchliche Ausbildungsstätten .....	244
4.8	Ein- und Ausreiseangelegenheiten .....	252
4.9	Caritativ-seelsorgerische Arbeit der Kirche .....	256
4.9.1	„Liebesgaben“ .....	257
4.9.2	Mission und Pflegeeinrichtungen .....	261
4.9.3	Gefängnisseelsorge .....	265
4.9.4	Seelsorge in Grenzgebieten .....	267
4.10	Druckerzeugnisse .....	270
4.11	Baupolitik .....	278
V.	Schluß .....	285
Anhang	.....	291
	Abkürzungsverzeichnis .....	291
	Kurzbiographien .....	293
	Quellen- und Literaturverzeichnis .....	307
	1. Quellen .....	307
	2. Monographien .....	311
	3. Aufsätze und Artikel .....	322
	4. Diverses .....	343



# Vorwort

## I.

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur im vereinigten Deutschland“ ist in ihrem Bericht vom 17. Juni 1994 auch ausführlich auf „*Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur*“ eingegangen. Grundlegend für das Interesse der Kommission an diesem Thema war die Einsicht, „*daß die Kirchen die einzigen nicht gleichgeschalteten Institutionen in der DDR waren*“. Näher führt der Bericht dazu weiter aus: „*Trotz aller Verdrängungsversuche seitens der SED blieben sie [d.s. die Kirchen] nicht nur an der Peripherie des gesellschaftlichen Lebens existent, sondern boten auch Orientierung und Schutz für einzelne Menschen und Gruppen. In Ost und West hatten sie darüber hinaus einen erheblichen Anteil daran, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen wachzuhalten und zu stärken. Innerhalb der Kirchen und in ihrem Umfeld wurde die politische Wende im SED-Staat wesentlich mit vorbereitet.*“<sup>1</sup> Kürzer und präziser läßt sich nicht begründen, weshalb die Kirchengeschichte der DDR nicht allein den Kirchenhistorikern überlassen bleiben darf.

Der 1992 an der FU Berlin gegründete Forschungsverbund SED-Staat, der sich der Aufklärung der äußeren und inneren Voraussetzungen der SED-Diktatur verpflichtet weiß, hat deshalb schon im ersten Jahr seiner Existenz eine erste Dokumentation zur SED-Kirchenpolitik vorgelegt, die im Umfeld des Untersuchungsausschusses 1/3 des Brandenburger Landtages entstand<sup>2</sup>. Der sog. „Stolpe-Untersuchungsausschuß“ hatte die Frage zu klären, wie die MfS-Kontakte des früheren Konsistorialpräsidenten und jetzigen brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe zu bewerten seien. Auch die 1993 veröffentlichte Studie des SED-Forschungsverbundes „Die SED-Führung und die Unterdrückung der polnischen Oppositionsbewegung 1980/81“ lieferte

---

1 Deutscher Bundestag, Bd. 1, 1995, S. 496 f.

2 Wilke, Manfred (unter Mitarbeit von Martin G. Goerner und Horst Laude): SED-Kirchenpolitik 1953–1958. Die Beschlüsse des Politbüros und des Sekretariats des ZK der SED zu Kirchenfragen 1953–1958. Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 1/1992, Berlin 1992.

wieder einen wichtigen Beitrag zu einer politischen Kirchengeschichte der DDR<sup>1</sup>. Sie konnte nämlich aufzeigen, auf welche Weise die Kirchen damals unterhalb der staatlichen Ebene eingesetzt wurden, um die polnischen Ereignisse nicht zu einer deutsch-deutschen Krise eskalieren zu lassen. 1994 veröffentlichte ich in Zusammenarbeit mit Manfred Wilke vom Forschungsverbund SED-Staat wichtige Quellentexte aus dem Archiv der Ost-CDU und aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED, in denen ausschnitthaft erkennbar wird, wie die Gründung des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) von der SED-Führung und der Abteilung Kirchenfragen beim Hauptvorstand der Ost-CDU „begleitet“ wurde und wer die dazu notwendigen Informationen lieferte<sup>2</sup>. 1997 konnte dann Martin Georg Goerner, bis 1996 Mitarbeiter des Forschungsverbundes SED-Staat, in dieser Reihe seine grundlegende Studie über die Strukturen der kommunistischen Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche im Zeitraum von 1945 bis 1958 vorlegen<sup>3</sup>.

## II.

Zum Zeitpunkt des Erscheinens der Arbeit von Andreas Schalück können wir auf rund zehn Jahre der Aufarbeitung der SED-Diktatur zurückschauen. Innerhalb dieses Zeitraumes ist die Flut einschlägiger Veröffentlichungen fast unübersehbar geworden. Den bequemsten Überblick über die Fülle der Betrachtungsweisen, Zugänge, Interessenlagen und Detailforschungen, die die Aufarbeitung der SED-Diktatur bestimmten und auch weiterhin prägen werden, vermitteln die Materialien der beiden Enquetekommissionen des Deutschen Bundestages, die jetzt in insgesamt 32 Bänden vorliegen. Noch immer aber ist die Gefahr einer einseitigen Moralisierung und Instrumentalisierung der Geschichtsforschung nicht gebannt. Der Enthüllungsjournalismus macht inzwischen zwar einen weiten Bogen um alles, was mit der untergegangenen Diktatur zu tun hat. Das ändert aber nichts daran, daß es bei zeitgeschichtlicher Forschung immer auch um Geschichtspolitik geht, also um die Aufarbeitung der Vergangenheit mit dem Ziel, Gegenwart und Zukunft zu prägen. Dieser Aspekt zeitgeschichtlicher Forschung läßt sich nicht vermeiden, aber er muß bewußt gemacht und immer wieder neu reflektiert werden!

Anfang 1992 habe ich versucht, einige der Probleme und Gefahren zu beschreiben, die jede einseitige und auf unmittelbare Anwendung angelegte Moralisierung und Instru-

- 
- 1 Wilke, Manfred/Gutsche, Reinhardt/Kubina; Michael: Die SED-Führung und die Unterdrückung der polnischen Oppositionsbewegung 1980/81. Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 6/1993, Berlin 1993.
  - 2 Maser, Peter/Wilke, Manfred (unter Mitarbeit von Martin G. Goerner und Michael Kubina): Die Gründung des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR. Materialien aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED und dem Archiv der Ost-CDU. Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 7/1994, Berlin 1994.
  - 3 Goerner, Martin Georg: Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945 bis 1958. Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität, Berlin 1997.

mentalierung der Geschichtsforschung nach sich zieht: „Eine Geschichtswissenschaft, die derartig energisch als moralische und pädagogische Anstalt etabliert wurde, muß gewissermaßen systembedingt alle jene Grautöne übersehen, die das wirkliche Leben, auch das in einer Diktatur, ausmachen. Die moralisierende, zweckorientierte Betrachtungsweise kennt keine Kompromisse. Moralischer Rigorismus in der Geschichtswissenschaft vermag auch nur wenig wirklich Erhellendes zu den im Blick auf Gegenwart und Zukunft so bedrängenden Fragen beizutragen: Wie konnte es dazu und so weit kommen? Und vielleicht noch viel wichtiger: Unter welchen historischen Bedingungen könnte es wieder dazu und so weit kommen? Zeitgeschichtliche Forschung, die gewissermaßen vorsätzlich als moralisches und pädagogisches Unternehmen betrieben wird, läuft aber immer auch Gefahr, daß sich die Wirklichkeitserkenntnis dem moralischen Anspruch oder der pädagogischen Absicht anpassen oder sogar beugen muß. Das führt dann auch fast regelmäßig dazu, daß bei solchem 'forcierten Geschichtsbewußtsein' (Helmut Fleischer) die 'Verlierer der Geschichte' in der Forschung Gestalt und Stimme verlieren. Die historische Bühne wird besetzt von den Helden und den Schurken. Der Glanz um die Helden und das nachtschwarze Dunkel um die Schurken lassen die übergroße Masse des Bühnenpersonals übersehen, das zwischen Licht und Finsternis schwankt, verwirrt, von Ängsten und Hoffnungen getrieben, nicht selten den Standort wechselnd und meist als törichte Mitläufer dort, wo die Mehrheit sich sammelt. Die großen Dramatiker der Weltliteratur bieten fiktive Geschichte(n) dieser simplifizierenden Art, und sie haben ein Recht dazu, benutzen sie ihre Fiktion der Geschichte doch eingeständenermaßen dazu, um die Bühne als „moralische Anstalt“ mit Leben zu erfüllen. Der Bühnenautor gesteht die von ihm ersonnene Fiktion jedoch offen ein und läßt den Zuschauer wissen, daß er ein Exemplum erzählt, um das Nachdenken über Gut und Böse, über tragische Konflikte und reines Glück mit den Mitteln der Dramatik und der Poesie in Gang zu setzen. Der Zeitgeschichtsforscher, der es – wenn auch aus respektabelsten Beweggründen – zuläßt, daß die von ihm zu erhellende Geschichte zur Fiktion gerät, muß sich jedoch darüber im klaren sein, daß er diese Imagination Menschen zumutet, die auf irgendeine Weise immer noch mitverflochten sind in das, was da als Bild der Geschichte modelliert, selektiert oder schließlich auch fingiert wird.“<sup>1</sup>

### III.

Andreas Schalück leistet mit seiner Arbeit, deren Entstehen ich teilweise begleiten durfte, einen wichtigen Beitrag zur Aufhellung der Frühgeschichte der Kirchenpolitik im SED-Staat. Seine Arbeit, basierend auf ausgedehnten Quellenstudien, analysiert eine wichtige und bisher nur in Ansätzen erkennbaren Episode jener zumeist vergelichenen „Anstrengungen, die auf eine Begrenzung der Macht der SED zielten“<sup>2</sup>. Auch die wissenschaftliche Diskussion um die Person Otto Nuschkes und die von ihm geleitete

- 
- 1 Maser, Peter: Kirchliche Zeitgeschichte nach der Wende. In: Kirchliche Zeitgeschichte, Nr. 1, 5. Jg., 1992, S. 69–93, bes. S. 75 f.
  - 2 Meuschel, Sigrid: Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR. In: Geschichte und Gesellschaft 19, 1993, S. 5–14, bes. S. 10.

Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“ wird durch diese Dissertation wesentlich bereichert. Sie zeigt übrigens auch, wie wichtig eine umfassende politische Biographie Otto Nuschkes sein dürfte, die noch immer fehlt. An diesem führenden Politiker der CDU in der DDR (und den in der Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“ tätigen Persönlichkeiten) läßt sich auf beeindruckende Weise exemplifizieren, was Detlef Pollack einmal generalisierend so umschrieb: *„Die organisatorische und ideologische Angleichung der einzelnen Systembildungsebenen gelang jedoch weitaus weniger vollständig als von seiten der zentralen Administration geplant. Personen, Gruppen und Institutionen sperren sich, unterliefern die zentralen Anweisungen, paßten sich nur äußerlich an, verfolgten intern aber abweichende Interessen, verschleppten Entscheidungen, entzogen sich dem Zugriff usw. [...] Trotz der umfassenden Kontrolle und Steuerung der Gesellschaft durch das bürokratische Machtzentrum gab es durchaus Möglichkeiten, die Lücken und Widersprüche im System ausfindig zu machen und geschickt für die Befriedigung eigener Wünsche auszunutzen.“*<sup>1</sup> Erst die Gesamtwürdigung des politischen Wirkens von Otto Nuschke wird schließlich zu zeigen vermögen, inwieweit seine Führung der Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“ in das Kapitel „Widerspruch und widerständiges Verhalten der CDU der SBZ/DDR“<sup>2</sup> und damit in das Problem der Blockparteien eingezeichnet werden kann.

Andreas Schalück charakterisiert in seiner Arbeit Otto Nuschke aber nicht nur als Kirchenpolitiker. Überzeugend weist er vielmehr nach, daß der Kirchenpolitiker nicht ohne den Deutschlandpolitiker Nuschke und dessen besonderes Verhältnis zur Sowjetunion zu verstehen ist. Damit illustriert er eine Beobachtung Sigrid Meuschels, die dadurch schon 1992 weitreichende Perspektiven andeutete: *„Mit der Vorstellung, Deutschland solle eine ‚Brücke‘ zwischen Ost und West werden, boten demokratische und christlich-demokratische Politiker ein Ideenkonglomerat an, das sich teils auf die tradierte konservative und links-romantische Ablehnung der westlichen Zivilisation stützte, teils aus Annahmen über die kulturelle und mentale Affinität Deutschlands und Rußlands speiste, teils Vorstellungen einer Synthese auch nicht-kapitalistischer Demokratie und nicht-stalinistischem Sozialismus in sich aufnahm. Dieses Ideenamalgam bewahrte auch insofern Züge des Mythos vom deutschen Sonderweg, als in seinem Zentrum die Hoffnung stand, Deutschland werde oder solle eine ‚besondere Aufgabe‘ erfüllen – eben Brücke zwischen Ost und West zu sein.“*<sup>3</sup>

Otto Nuschkes Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“ blieb, daran läßt Andreas Schalück keinen Zweifel, immer ein Instrument der SED-Kirchenpolitik, das letztlich zur Stabilisierung des Systems beitrug: *„Diese faktisch beinahe einflußlose Instanz wurde von der SED bewußt in der Bruchstelle zwischen Staat und Kirche installiert, um den Kirchen die direkte Einflußnahme auf die mit Religionsangelegenheiten befaßten und entscheidungsbefugten Ministerien zu versperren. Darüber hinaus übte die Hauptabteilung einen*

- 
- 1 Pollack, Detlef: Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR. Stuttgart/Berlin/Köln 1994, S. 65.
  - 2 Buchstab, Günter: Widerspruch und widerständiges Verhalten der CDU der SBZ/DDR. In: Deutscher Bundestag, Bd. 7.1, S. 504–539.
  - 3 Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989. Frankfurt/M. 1992, S. 103.

*Ventil-Effekt in der Weise aus, daß ihre entgegenkommende die Kirchen möglicherweise zu der Hoffnung veranlaßte, die Einstellung der dort Beschäftigten könne auch im übrigen Staatsapparat mehrheitsfähig werden.*<sup>1</sup> Bischof Otto Dibelius oder auch Propst Heinrich Grüber als Bevollmächtigter des Rates der EKD bei der Regierung der DDR, haben diese Ambivalenz des Wirkens von Otto Nuschke immer sehr deutlich gesehen und dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der DDR den persönlichen Respekt nicht verweigert. In einem internen Tätigkeitsbericht über das Jahr 1956 faßte Propst Grüber zusammen, welche Bedeutung die Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“ und ihr Leiter für die Kirchen gehabt hatte: *„In dieser Zeit der Spannung und Verschärfung war es mir durch den guten Kontakt mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke noch immer möglich, das kirchliche Anliegen bei der Regierung der DDR zu Gehör zu bringen. Sein Tod hatte zur Folge, daß eines der wesentlichsten Bindeglieder zwischen Kirche und Staat ausfiel.*“<sup>2</sup> Das Politbüro des ZK der SED, das sich am 19. Juni 1956 mit der Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“ kritisch befaßte, bestätigte die Einschätzung Otto Nuschkes durch Propst Grüber auf seine Weise: *„Zur Herbeiführung einer Einheitlichkeit in der Bearbeitung aller Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften durch die staatlichen Organe wird der Vorlage über die Bildung eines Staatlichen Amtes für Kirchenfragen zugestimmt.*“ Über die Einzelheiten hatte man sich kurz zuvor mit den neuen Männern in der Führung der Ost-CDU, Gerald Götting und Günther Wirth, vertrauensvoll abgestimmt<sup>3</sup>. Otto Nuschke durfte dem aus der „Hauptabteilung für Kirchenfragen“ im Innenministerium und seiner Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“ mit Wirkung vom 8. März 1957 an gebildeten „Amt für Kirchenfragen“ zwar noch nominell bis zu seinem Tod am 27. Dez. 1957 vorstehen, hatte aber keinen Einfluß mehr auf den Gang der Ereignisse. Hatten Gerald Götting und Günther Wirth doch bereits im Juni 1956 zugestimmt, „Dr. Nuschke möglichst viel von diesen ihn belastenden operativen Kirchenfragen zu entlasten“, und sogar vorgeschlagen, ein „befähigter Genosse“ solle die „Führung dieses Amtes“ übernehmen<sup>4</sup>. Damit war Otto Nuschke von den eigenen Unionsfreunden für politisch tot erklärt worden. Die Kirchenpolitik war seitdem eine zentrale Angelegenheit der SED-Führung, die dabei vom Ministerium für Staatsicherheit tatkräftig unterstützt wurde. Die Abteilung Kirchenfragen beim Hauptvorstand der CDU Hauptabteilung durfte lediglich noch in sehr begrenztem Umfang Zuträgerdienste übernehmen.

Münster, im Juli 1999

Peter Maser

---

1 Vgl. hier S. 286.

2 Zitiert nach: Rink, Sigurd: Der Bevollmächtigte. Propst Grüber und die Regierung der DDR. Konfession und Gesellschaft. Stuttgart/Berlin/Köln 1996, S. 119.

3 Vgl. die Texte bei: Goerner, Martin G./Kubina, Michael: Die Phasen der Kirchenpolitik der SED. In: Deutscher Bundestag, Bd. 6.1, S. 615–874, bes. S. 761–767.

4 Vgl. ebd., S. 766.



# Danksagung

Die Erstellung dieser Arbeit wäre ohne die Unterstützung anderer kaum möglich gewesen. Mein Dank gilt zunächst Herrn Prof. Dr. Karl Rohe und Herrn Prof. Dr. Peter Maser. Herr Prof. Dr. Rohe stellte sein Vertrauen einerseits dadurch unter Beweis, daß er mir im Rahmen der Untersuchung alle gewünschten Freiräume gewährte, andererseits mir stets mit konstruktiver Kritik zur Seite stand. Herrn Prof. Dr. Maser danke ich für sein Interesse, mit dem er seit vielen Jahren meine Forschungen begleitet. Unsere Gespräche waren für mich sehr bereichernd und gaben meinen Studien wiederholt wichtige Impulse.

Meinen Eltern und Geschwistern sowie meinen Freunden danke ich für den Rückhalt, den ich auch in schwierigen Phasen bei ihnen fand. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Herrn Johannes Schalück, Herrn Michael Schalück und Herrn Georg Eggenstein bin ich für das zeitaufwendige und sorgfältige Korrekturlesen des Manuskriptes, Herrn Jörg Doyscher und Herrn Bernd Willecke für ihre technischen Hilfen zu Dank verpflichtet.

Darüber hinaus möchte ich mich an dieser Stelle bei den zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Archiven und Bibliotheken für ihre Unterstützung ebenso bedanken wie auch beim Akademie Verlag, der diese Studie in sein Programm aufnahm.

Mein Dank gilt u.a.: Dr. Manfred Agethen, Sankt Augustin; Annelene Akkermann, Berlin; Herrn Anger, Bonn; Herrn Aris, Dresden; Dieter Bernhard, Paderborn; Petra und David Bühler, Dortmund; Bernd Burmeister, Berlin; Herrn Diehl, Berlin; Sigrun Eggenstein, Dortmund; Daniel Erdmann, Bonn; Dr. Johannes Feldmann, Berlin; Herrn Felgenträger, Magdeburg; Dr. Peter Fischer, Berlin; Frau Fruth, Potsdam; Dr. Helga Gotschlich, Berlin; Annemarie Grünbaum, Oderin; Reinhard Henkys, Berlin; Dr. Martin Höllen, Berlin; Prof. Dr. Wolfgang Horn, Essen; Manfred Karras, Berlin; Hans-Jürgen Klegraf, Sankt Augustin; Dr. Thekla Kluttig, Dresden; Heike Kreutzer, Bonn; Herrn Dr. Krogel, Berlin; Dr. Friedrich Künzel, Berlin; Herrn Lange, Berlin; Hans-Ulrich Langner, Leipzig; Dr. Christa Lewek, Berlin; Dr. Theo Mechtenberg, Vlotho; Jutta und Werner Meyer, Dortmund; Prof. Dr. Heinrich Missalla, Essen; Frau Mokroß, Berlin; Margrit Naujoks, Berlin; Christoph Neubarth, Berlin; Heinz und Vera Nuschke, Berlin; Inge Pardon, Berlin; Dr. Thomas Raabe, Berlin; Frau Räuber, Berlin; Dr. Sigurd Rink, Usingen; Dr. Martin Reißmann, Bonn; Herrn Rohde, Hannover; Regina Rousavy, Berlin; Heide Rudolf, Dresden; Dr. Bernd Schäfer, Berlin; Carola, Gerhard, Florian und

Jana Schalück, Kerken; Frau Schmidt, Berlin; Christoph Schröder, Potsdam; Horst-Peter Schulz, Bonn; Dr. Christa Stache, Berlin; Herrn Dr. Talazko, Berlin; Alon Tauber, Heidelberg; Susanne Voss, Berlin; Barbara Welker, Berlin; Dr. Hermann Wentker, Berlin; Dr. Friedrich Winter, Berlin; Dr. Stephan Wippermann, Duisburg.

Dortmund, im Juli 1999

Andreas Schalück

# I. Einleitung

## 1.1 Einführung

Die friedliche Revolution in Ostdeutschland hat die DDR-Forschung neu belebt. Das war aufgrund des nun zur Verfügung stehenden Quellenreichtums eine zu erwartende Entwicklung. Zu den am intensivsten bearbeiteten Disziplinen in diesem Bereich gehört die Kirchenpolitik, d.h. die Politik des Staates und der SED gegenüber den Kirchen und Religionsgemeinschaften. Das seit 1989 verstärkt einsetzende Interesse hängt mit der besonderen Rolle der Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik zusammen. Die Kirchen bildeten in den vierzig Jahren des Bestehens der DDR den einzigen, von der SED mal mehr, mal weniger bekämpften, weitgehend staatsfreien Raum. Am Umbruchprozeß waren die Kirchen maßgeblich beteiligt. Sie akzeptierten trotz staatlicher Repressionen die Formierung politischer Gruppen unter ihrem Dach und übernahmen so eine Katalysator- und Stellvertreterfunktion für die gesellschaftlichen Reformwünsche der Bevölkerung.

Die Literatur zur ostdeutschen Kirchenpolitik ist zahlreich. Besonders nach dem Bau der Mauer schlug sich das Interesse an diesem Thema in vielen Publikationen nieder, die anfangs zuweilen von der Enttäuschung über die sich manifestierende deutsche Zweistaatlichkeit geprägt waren.<sup>1</sup> Die Differenziertheit der Betrachtung nahm im Laufe der Zeit zu, wie sich Anfang der achtziger Jahre in der Bestandsaufnahme von Horst Dähn und dem von Reinhard Henkys herausgegebenen Sammelband zur DDR-Kirchenpolitik zeigte. Zur zuverlässigen Information und Versachlichung der Diskussion trugen darüber hinaus die Monatsschrift „Deutschland-Archiv“ sowie das inzwischen

---

<sup>1</sup> Bei den älteren Darstellungen sind besonders zu nennen: Klausener, Erich: Sie hassen Gott nach Plan. Berlin 1962; Maser, Werner: Genossen beten nicht. Köln 1963. Weitere Publikationen aus den sechziger und frühen siebziger Jahren zu diesem Thema: Solberg, Richard W.: Kirche in der Anfechtung. Berlin/Hamburg 1962; Koch, Hans-Gerhard: Neue Erde ohne Himmel. Stuttgart 1963. Hermann, Friedrich-Georg: Der Kampf gegen Religion und Kirche in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Stuttgart 1966; Dahlgren, Sam: Das Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR während der Jahre 1949–1958. Uppsala 1972.

eingestellte Periodikum „Kirche im Sozialismus“/„Übergänge“ bei.<sup>1</sup> Interessante, wenn auch unter wissenschaftlichen Aspekten z.T. mit Vorbehalten zu betrachtende Ergänzungen dieser Bücher und Zeitschriften bieten die Erinnerungen und Biographien von ostdeutschen kirchlichen Würdenträgern.<sup>2</sup>

In der DDR selbst waren Publikationen zur Kirchenpolitik die Ausnahme. Die wenigen frühen schriftlichen Zeugnisse rückten hauptsächlich den ideologischen Aspekt in den Vordergrund, wie z.B. die Werke von Olof Klohr, der in den sechziger Jahren einen Lehrstuhl für Wissenschaftlichen Atheismus an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena innehatte.<sup>3</sup> Einblicke in die staatliche Sichtweise der Kirchenpolitik bieten die wenige Jahre vor dem Umbruch entstandenen, nicht veröffentlichten Monographien von Joachim Heise, ehemaliger stellvertretender Direktor des Instituts für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Akademie für Gesellschaftswissenschaften des ZK der SED, und Horst Dohle, langjähriger Mitarbeiter des Staatssekretärs für Kirchenfragen.<sup>4</sup>

Nach 1989 nahm mit dem Interesse an der Kirchenpolitik auch die Anzahl der Neuerscheinungen zu. Sie beschäftigten sich mit Teilbereichen der ostdeutschen Kirchen- und Religionspolitik oder hatten den Anspruch, einen Gesamtüberblick über die Entwicklungen der letzten vierzig Jahren auf diesem Gebiet zu geben. Die Studien, die nur Ausschnitte der staatlichen Kirchenpolitik untersuchen, gehen z.T. zeitlich nicht hinter die achtziger Jahre zurück. Sie befassen sich in der Regel mit aktuellen Problemen, besonders der Rolle der Kirchen im gesellschaftlichen Umbruch.<sup>5</sup> Beiträge, die die

- 
- 1 Dähn, Horst: Konfrontation oder Kooperation. Opladen 1982; Henkys, Reinhard (Hg.): Die evangelischen Kirchen in der DDR. München 1982;  
Gute Über- und Einblicke in die Beziehungen zwischen Staat und Kirche gewähren darüber hinaus einige seit Mitte der achtziger Jahre erschienene Veröffentlichungen: Mechtenberg, Theo: Die Lage der Kirchen in der DDR. Miesbach 1985; Helwig, Gisela/Urban, Detlef: Kirchen und Gesellschaft in beiden deutschen Staaten. Köln 1987; Maser, Peter: Glauben im Sozialismus. Berlin 1989.
  - 2 Exemplarisch verwiesen sei auf: Grüber, Heinrich: Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten. Köln/Berlin 1968; Schönherr, Albrecht: ... aber die Zeit war nicht verloren. Berlin 1993.  
Eine sehr interessante und qualifizierte Arbeit zu Heinrich Wienken, dem katholischen Verbindungsmann zur ostdeutschen Regierung, legte Martin Höllen vor: Heinrich Wienken, der „unpolitische“ Kirchenpolitiker. Mainz 1981. Mit Propst Grüber befaßt sich eine neuere Studie von Sigurd Rink: Der Bevollmächtigte. Propst Grüber und die Regierung der DDR. Stuttgart/Berlin/Köln 1996.
  - 3 Klohr, Olof: Über den Gegensatz zwischen Naturwissenschaft und Religion. o.O. 1958; Scheler, Hermann: Der Marxismus-Leninismus über Religion und Kirche. Leipzig/Jena 1956.
  - 4 Heise, Joachim: Das Ringen der SED um die Mitarbeit von Gläubigen und um verfassungsmäßige Staat-Kirche-Beziehungen in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR. Diss. phil. B, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, maschinenschriftlich, Berlin-Ost 1986; Dohle, Horst, Grundzüge der Kirchenpolitik der SED zwischen 1968 und 1978. Diss. phil. B, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, maschinenschriftlich, Berlin-Ost 1988.
  - 5 In dieser Studie wurde die Literatur berücksichtigt, die bis 1997 zum Thema erschienen ist. Aus der Flut der Neuerscheinungen seien exemplarisch erwähnt: Funk, Uwe: DDR-Kirchenpolitik zwi-

Kirchenpolitik unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg oder in den ersten Jahren nach der Gründung der beiden deutschen Staaten thematisieren, gibt es zur Zeit noch wenige. Meist handelt es sich um Aufsätze, die schon aus Platzmangel nicht mehr als bemerkenswerte, aber allgemeine Ein- und Überblicke in die betreffende Periode geben können. Detaillierte Analysen für diesen Zeitraum, wie sie Martin Georg Goerner mit seiner Untersuchung der SED-Kirchenpolitik der fünfziger Jahre vorlegte,<sup>1</sup> sind noch die Ausnahme bzw. beleuchten hauptsächlich die kirchliche und weniger die staatliche Seite.<sup>2</sup> Die Wichtigkeit jedoch gerade auch solcher Untersuchungen für die Gegenwart und das Verständnis der heutigen Gesellschaft hebt Christiane Lemke hervor, wenn sie feststellt: *„Historische Erfahrungen, die für eine Gesellschaft spezifisch sind und die ihre Politik und Ideologie beeinflussen, prägen die politische Sozialisation und formen die politische Kultur, politisches Bewußtsein und Handeln gründet sich auf historische Erfahrungen, die in der politischen Kultur als Haupt- oder Nebenströmungen konserviert sind und die als >kollektives Gedächtnis< einer Gesellschaft bezeichnet werden können. Politische Kulturen*

---

schen ideologischem Anspruch und politischer Wirklichkeit. Heidelberg 1992; Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche [1949–1968 – der Verf.]. München 1993; Ders.: Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990; Berlin 1995; Ders./Wolf, Stephan: „Pfarrer, Christen und Katholiken“. Neukirchen-Vluyn 1991; Hartweg, Frédéric (Hg.): SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen. Bd. 1: 1946–1967 (Bearb.: Joachim Heise), Bd. 2: 1968–1989 (Bearb.: Horst Dohle). Neukirchen-Vluyn 1995; Heydemann, Günther/Kettenacker, Lothar: Kirchen in der Diktatur. Göttingen 1993; Goeckel, Robert F.: Die evangelische Kirche in der DDR 1949–1989. Bonn 1997; Pollack, Detlef: Kirche in der Organisationsgesellschaft. Stuttgart/Berlin/Köln 1994; Dähn, Horst (Hg.): Die Rolle der Kirchen in der DDR. München 1993; Rendtorff, Trutz (Hg.): Protestantische Revolution? Göttingen 1993; Vollnhals, Clemens (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Berlin 1996.

Einen lesenswerten und zeitgeschichtlich bedeutsamen Ein- und Überblick nicht nur, aber auch über die DDR-Kirchenpolitik bietet: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. 9 Bde., Baden-Baden 1995.

- 1 Goerner, Martin Georg: Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945 bis 1958. Berlin 1997.
- 2 Die Kirchenpolitik der sowjetischen Besatzungsmacht thematisieren u.a.: Seidel, Johannes Jürgen: „Neubeginn“ der Kirche? Göttingen 1989; Strobel, Michael: Kirchen und Besatzungsmächte in der deutschen Nachkriegsgeschichte 1945–1949. Stuttgart 1992; Thierfelder, Jörg: Die Kirchenpolitik der vier Besatzungsmächte und die evangelische Kirche nach der Kapitulation 1945. In: Geschichte und Gesellschaft, 18. Jg., 1992, S. 5–21; Vollnhals, Clemens: Zwischen Kooperation und Konfrontation. In: Deutschland-Archiv, Nr. 5, 27. Jg., 1994, S. 478–490. Des weiteren sei hier auf Beiträge zu den Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche um die kirchliche Jugendarbeit in den frühen fünfziger Jahren verwiesen: Wentker, Hermann: „Kirchenkampf“ in der DDR. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 42. Jg., 1994, S. 95–127; Ders.: Von der Kooperation zum Konflikt: Das Verhältnis der Ost-CDU zur Jungen Gemeinde 1950–1953. In: Richter, Michael/Rißmann, Martin (Hg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung. Weimar/Köln/Wien 1995, S. 91–110.

*werden daher überhaupt nur verständlich durch die Betrachtung der Geschichte und des Geschichtsbewußtseins.“<sup>1</sup>*

Im Mittelpunkt dieser Studie steht die Politik der Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“, insbesondere ihres Leiters, des stellvertretenden Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik und Vorsitzenden der Ost-CDU, Otto Nuschke. Der zeitliche Rahmen der Untersuchung erstreckt sich über die Jahre 1949 bis 1953. Sie setzt mit dem Aufbau des staatlichen Kirchenamtes ein, der zeitlich mit der Gründung des ostdeutschen Staates zusammenfiel, und endet mit dem ersten Kommuniqué zwischen Regierung und Kirche im Juni 1953, welches eine kurze Entspannungsphase in den konfliktreichen Beziehungen zwischen dem von der SED beherrschten Staatsapparat und der Kirche einleitete.<sup>2</sup>

In der unmittelbaren Nachkriegszeit entwickelte sich zunächst ein verständnisvolles Verhältnis zwischen den Alliierten, auch der sowjetischen Besatzungsmacht, und den Kirchen. Sie spielten in den bündnispolitischen Überlegungen der Siegermächte, bei der Frage, auf welche Institutionen man zurückgreifen könne, um Deutschland vom Nationalsozialismus zu befreien, eine wichtige Rolle; denn die Kirchen waren – trotz aller Blessuren und Versäumnisse während des „Dritten Reiches“ – stark in der Bevölkerung verankert. Zudem verfügten sie über funktionsfähige Strukturen bis in die einzelnen Gemeinden, und somit war gerade die Kooperation mit den vor Ort agierenden Kirchen für die Besatzungsmächte von Bedeutung.

Doch traten schon bald größere Probleme auf. Die Kirchen war nicht zur Aufgabe ihrer Autonomie bereit und ließ sich nicht zum willfähigen Bündnispartner der Kommunisten machen. Einerseits verstärkte die von der SED postulierte Ideologie des Marxismus-Leninismus mit dem ihr immanenten Atheismus die Auseinandersetzung. Zum anderen war einigen DDR-Politikern noch das „Thron-Altar-Bündnis“ der Kaiserzeit

1 Lemke, 1991, S. 262;

Die sich besonders in den Quellen der DDR-Anfangsjahre häufenden Fehler in Orthographie und Interpunktion wurden stillschweigend korrigiert. Der Verfasser ist sich der Problematik in Bezug auf die Authentizität durchaus bewußt, entschied sich aber zugunsten einer besseren Lesbarkeit für diese Vorgehensweise. Redaktionelle Änderungen und Ergänzungen des Verfassers wurden als solche gekennzeichnet.

2 Die Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“ bestand auch nach dem Juni-Kommuniqué 1953 weiter, verlor aber zunehmend an Bedeutung. Obwohl die SED ihre Arbeit kontraproduktiv einschätzte, wurde die Hauptabteilung offiziell erst nach Nuschkes Tod im Dezember 1957 aufgelöst. Doch bereits im März 1957 berief das Politbüro der SED mit Hans Eggerath einen Genossen zum Staatssekretär für Kirchenfragen. In dessen Dienststelle sollten von nun an alle staatlichen Fäden in der Regierungspolitik zusammenlaufen. Diese Institution wurde direkt von der Arbeitsgemeinschaft für Kirchenfragen beim ZK der SED angeleitet, zuweilen instruierte auch der zuständige ZK-Sekretär direkt den Staatssekretär. Goerner, in: Vollnhals, 1996, S. 145 ff.; Goerner/Kubina, in: Deutscher Bundestag, Bd. VI/1, 1995, S. 650 ff.; Näheres zur Geschichte der Hauptabteilung nach dem Juni 1953 siehe: Goerner, 1997, S. 180 ff., 324 ff.

gegenwärtig. Sie mißtrauten der Kirche und hatten ihr die Ablehnung des Sozialismus nie verziehen.<sup>1</sup>

Die Frontstellung von Kirche und Staat zeichnete sich auf diese Weise schon vor der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ab. Die SED bemühte sich, durch ihre Differenzierungspolitik zumindest Teile der Kirchenbasis für sich zu vereinnahmen bzw. die Kirche über verstärkte administrative Maßnahmen als offizielle Institution aus dem öffentlichen Leben herauszudrängen und auf die Ausübung von Kultushandlungen zu beschränken. Doch war diese Politik in den frühen fünfziger Jahren letztlich nicht von Erfolg gekrönt, denn zu stark war die Verankerung der Kirchen in der Bevölkerung.<sup>2</sup> Maßgebliche Faktoren, die den Grad des Entgegenkommens gegenüber der Kirche bestimmten, waren die Deutschlandpolitik von SED und Sowjets sowie die Außen- und Sicherheitspolitik. Bedurfte die SED kirchlicher Unterstützung, machte sie Zugeständnisse, andernfalls gab sie sich kompromißlos.<sup>3</sup>

Welche Gremien und Personen in der SED und im Staat setzten die Leitlinien der Kirchenpolitik fest? Welche Instanzen hatten Mitsprachemöglichkeiten? Auf welche Weise wurden die kirchenpolitischen Vorgaben in konkrete Regierungspolitik umgesetzt? Inwieweit war die Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“ bei den Entscheidungsprozessen involviert, über welche Kompetenzen verfügte sie? Welches Selbstverständnis hatte die Hauptabteilung und wie beurteilte die SED die Politik des staatlichen Kirchenamtes? Wie war das Verhältnis der innerhalb der Regierung mit den Angelegenheiten der Kirchen und Religionsgemeinschaften befaßten Dienststellen zueinander, wie ihre Beziehungen zur SED?

---

1 Klohr, in: Heydemann/Kettenacker, 1993, S. 287; Neubert, in: Meyer, 1992, S. 43; Heise, in: Dähn, 1993, S. 73.

2 Im Jahr 1946 waren noch beinahe 94 % der ostdeutschen Bevölkerung kirchlich organisiert, 81,6 % in der evangelischen und 12,2 % in der katholischen Kirche. Ostdeutschland war als Kernland des Protestantismus somit das einzige Gebiet im kommunistischen Einflußbereich, in dem die evangelische Kirche die Mehrheit der Kirchenmitglieder stellte. Aufgrund des erfolgreichen Bemühens der SED, das Absterben der Religion durch diverse Maßnahmen administrativ zu forcieren, sowie als Folge des normalen Säkularisierungsprozesses, schrumpfte diese Zahl bis zum Fall der Mauer erheblich. 1989/90 war nur noch etwa ein Viertel der Bevölkerung kirchlich gebunden. Horst Dähn veranschlagt die Quote der Protestanten auf ca. 20 bis 30 %, die der Katholiken auf 3,6 bis 6,1 %. Erhard Neubert setzt die Zahl der evangelischen Christen noch niedriger, bei unter 20 % an. Aufgrund der Überalterung des Kirchenvolkes dürfte diese Zahl in der Zukunft realistischer sein.

Anzumerken ist, daß mit der Machtübernahme der SED in Ostdeutschland nicht schlagartig die Kirchenbindung der Genossen endete. Noch Anfang 1952 gehörten einer Schätzung der Mecklenburger Kirchenreferentin Gerhold zufolge etwa 80 % der SED-Mitglieder einer Kirche an. Neubert, in: Dähn, 1992, S. 36; Dähn, in: Dähn, 1993, S. 10 f.; Pollack, in: Kaelble/u.a., 1994, S. 271 f.; Hartweg (Heise), 1995, S. 27; SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/14/62, Bl. 101.

3 Bericht der Enquete-Kommission. 31.5.1994, S. 164; Heise, in: Berliner Dialog-Hefte, Nr. 5, 1991, S. 6; Pollack, in: Rentdorff, 1993, S. 49.

*Forschungsansatz*

Die Frage, ob der Totalitarismusbegriff geeignet erscheint, das ostdeutsche Herrschaftssystem über den gesamten Zeitraum seines Bestehens zu erfassen, soll an dieser Stelle nicht erörtert werden.<sup>1</sup> Folgt man dem Totalitarismus-Verständnis von Peter Graf Kielmannsegg, so ist zu konstatieren, daß die DDR zumindest während des Untersuchungszeitraums dieser Studie ein totalitär ausgerichtetes Staatswesen war; denn in der DDR konzentrierte sich zwischen 1949 und 1953 die Einflußnahme auf Entscheidungen monopolistisch auf einen kleinen Führungszirkel, dessen Sanktionsintensität und Entscheidungsreichweite unbegrenzt waren und sich auf alle Bereiche des gesellschaftlichen und individuellen Lebens bezogen. Das bedeutet nicht, daß jede Entscheidung im Führungszirkel selbst fallen mußte, aber dieses Gremium jederzeit die Möglichkeit besaß, die Entscheidungen an sich zu ziehen und zu überwachen.<sup>2</sup>

Dennoch zeichneten sich in dem von außen monolithisch erscheinenden Staatsapparat kleine Risse ab, wie im Fall der Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“, einer Instanz also, die unmittelbar an der Schnittstelle zwischen Staat und Kirche installiert war. Diese Fallstudie unterstützt die wiederholt von Politologen und Sozialwissenschaftlern vorgetragene These von der Existenz solcher „Lücken“ im politischen System der DDR, die es im Selbstverständnis der ostdeutschen Kommunisten nicht gab und nur ein Phantom sein konnten.<sup>3</sup> Der Leipziger Religionssoziologe Detlef Pollack konstatiert: *„Alle autonomen Aktivitäten wurden, wenn sie nicht verboten wurden, sofort zentralistisch vereinnahmt. Einen nichtorganisierten Raum ideologischer Neutralität durfte es nicht geben. [...] Die organisatorische und ideologische Angleichung der einzelnen Systembildungsebenen gelang jedoch weitaus weniger vollständig als von seiten der zentralen Administration geplant. Personen, Gruppen und Institutionen sperren sich, unterliegen die*

- 
- 1 Exemplarisch für die einschlägige Literatur zur Totalitarismuskussion sei verwiesen auf: Arendt, Hannah: Elemente der totalitären Herrschaft. Frankfurt a.M. 1958; Friedrich, Karl Joachim: Totalitäre Diktatur. Stuttgart 1957; Ludz, Peter Christian (Hg.): Studien und Materialien zur Soziologie der DDR. Sonderheft 8/1964 der Kölner Zeitschrift für Soziologie. Köln/Opladen 1964; Seidel, Bruno/Jenkner, Siegfried (Hg.): Wege der Totalitarismus-Forschung. Darmstadt 1968; Löw, Konrad (Hg.): Totalitarismus, Berlin 1988; Jesse, Eckhard (Hg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Bonn 1996.
  - 2 Marquardt, in: Deutscher Bundestag, Bd. III/3, Baden-Baden 1995, S. 1537 ff.; Marquardt, 1991, S. 23 f.; Backes/Jesse, 1984, S. 58 ff.; Meuschel, in: Geschichte und Gesellschaft, 19. Jg., 1993, S. 5; Jesse, in: Deutscher Bundestag, Bd. VII/1, 1995, S. 997; Kowalczuk, in: Deutscher Bundestag, Bd. VII/2, 1995, S. 1235.
  - 3 Jesse, in: Deutscher Bundestag, Bd. VII/1, 1995, S. 987; Diese „Lücken“ berechtigen jedoch nicht zu Zweifeln am Totalitarismusbegriff selbst, wie Marquardt und Braun übereinstimmend feststellen, da die meisten Beschreibungen sozialer Phänomene keine entsprechenden perfekten empirischen Äquivalente besaßen. Entscheidend sei letztlich nicht die tatsächliche vollständige Kontrolle des Individuums, sondern das systematische Streben danach. Marquardt, in: Deutscher Bundestag, Bd. III/3, 1995, S. 1535; Braun, in: Das Parlament, 11./18.11.1994, S. 1.

zentralen Anweisungen, paßten sich nur äußerlich an, verfolgten intern aber abweichende Intentionen, verschleppten Entscheidungen, entzogen sich dem Zugriff usw.“<sup>1</sup>

Gerade die Erforschung solcher Brüche und Reibungsverluste, die Analyse der möglichen Grenzen diktatorischer Herrschaft und des Bemühens um eine Beschränkung oder auch nur partielle Unterlaufung der Macht der SED, gehören zu den Desiderata.<sup>2</sup> Die DDR-Forschung, die sich in dieser Frage die Erfahrungen der etablierten Erforschung des Widerstandes im Nationalsozialismus als Anknüpfungspunkt zunutze machen kann,<sup>3</sup> beginnt erst, sich diesem Komplex zuzuwenden. Probleme ergeben sich schon bei dem Versuch, die den Vorgaben der SED nicht entsprechenden Verhaltensmuster in schlüssige begriffliche Definitionen zu fassen, zumal sich die Akteure nicht selten widersprüchlich verhielten, die vielfältigen Formen widerständigen Verhaltens „gleichzeitig mit einer Untertanenmentalität symbiotisch verbunden sein konnte[n]“ und die

---

1 Pollack, 1994, S. 64 f.; Ebenso kommt Bálint Balla, der den bürokratischen Aufbau sowjetisch beeinflusster „Volksdemokratien“ untersucht hat, zu dem Ergebnis: „Darüber hinaus ist sie [die bürokratische Organisation – der Verf.] auch Terrain und Gegenstand von nicht formalisierten, im Modell nicht vorgesehenen Autoritäts- und Machtkämpfen, sowohl zwischen unterschiedlich hoch positionierten Gruppen und Individuen innerhalb der Organisation, als auch zwischen der Organisation und der Außenwelt oder zwischen einzelnen Autoritätsträgern und an sie von außen herantretenden Einzelpersonen.“ Im gleichen Sinne konstatiert Ralph Jessen: „Je mehr über die Innenseite dieses ehemals geschlossenen Systems bekannt wird, desto weniger monolithisch, formiert und geplant erscheint es.“

Die Annahme der Unmöglichkeit einer absoluten Überwachung des Staatsapparates durch die herrschende Partei, auch innerhalb eines sehr autoritären Regimes, ist nicht neu und wurde schon von den Totalitarismusforschern als charakteristisch ausgemacht. Hans Buchheim stellt fest: „Menschliches Tun und mitmenschliches Verhalten so unter Kontrolle zu halten, daß nicht geschieht, was dem Willen des Regimes zuwiderliefe, ist nicht nur technisch, sondern auch grundsätzlich unmöglich. Da der totalitäre Machthaber nicht jeden Einzelnen selbst überwachen und ihm vorschreiben kann, was er zu tun hat, braucht er Funktionäre und muß diesen, wenn sie für ihn eine Entlastung sein sollten, wenigstens einen kleinen Ermessensspielraum einräumen. Dazu gehört begriffsnotwendig ein Minimum an Spontaneität und eigenem Urteil, und das heißt, daß der Ermessensspielraum unvermeidlich auch ein Spielraum, wenn nicht für das Gewissen, so doch für das Temperament und die Launen des einzelnen Funktionärs ist. Dadurch entstehen Unsicherheitsfaktoren für die lückenlose >Durchführung< des Plans und die uneingeschränkte Lenkung des >Menschenmaterials<.“ Balla, 1972, S. 3 (Zitat); Jessen, in: Geschichte und Gesellschaft, Nr. 1, 21. Jg., 1995, S. 110; Buchheim, 1967, S. 131 (Zitat).

2 Weber, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 26, 20.6.1997, S. 14; Eckert, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 1, 44. Jg., 1996, S. 50.

3 Knabe, in: Deutschland-Archiv, Nr. 2, 29. Jg., 1996, S. 193; Protokoll der 67. Sitzung. In: Deutscher Bundestag, Bd. VII/1, 1995, S. 13; Kowalczuk, in: Deutscher Bundestag, Bd. VII/2, 1995, S. 1216 ff.;

Verwiesen sei hier exemplarisch auf: Broszat, M./u.a.: Bayern in der NS-Zeit. München/Wien 1977 ff.; Schmädke, J./Steinbach, P. (Hg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. München/Zürich 1986; Müller, K. J.: Der deutsche Widerstand 1933–1945. Paderborn/München/Wien 1986; Steinbach, P.: Widerstand und Opposition in deutschen Diktaturen. In Poppe/u.a. (Hg.): Zwischen Anpassung und Selbstbehauptung. Berlin 1995, S. 27 ff.

Handelnden sich selbst nicht zwangsläufig als widerständig empfanden.<sup>1</sup> Dennoch liegen inzwischen erste unterschiedlich differenzierte Typologisierungen zur Erfassung widerständigen und oppositionellen Verhaltens innerhalb des Herrschaftssystems der DDR vor, die über die von Karl Wilhelm Fricke zu Beginn der achtziger Jahre vorgelegte Kategorisierung hinausgehen, welche zwischen einer relativ offenen, sich legal entfaltenden Opposition und dem Widerstand als Gegnerschaft ohne jede Möglichkeit zur legalen Entfaltung unterscheidet.<sup>2</sup> Für die hier vorliegenden Untersuchungsgegenstände erscheint eine Anlehnung an die Typologisierung von Erhard Neubert geeignet, der zwischen Opposition, Widerstand und politischem Widerspruch unterscheidet. Den Begriff der Opposition definiert Neubert als Gegnerschaft, die auf der Grundlage verbindlicher Normen die Machträger zur Einhaltung dieser Normen zu veranlassen sucht, um deren Macht zu begrenzen. Neubert sieht die Opposition vor allem in der zumindest anfangs ansatzweise vorhandenen parlamentarischen Opposition, der durch die Verfassung formal geschützten Kirche sowie die seit Anfang der achtziger Jahre zunächst innerkirchlich, später außerhalb der Kirche operierenden sozioethischen Gruppen verwirklicht. Der Widerstand, der auf die Schwächung und Beseitigung der SED-Herrschaft zielte, erhielt – im Unterschied zur Opposition – in der DDR keine legalen Handlungsräume und fühlte sich nicht an die vorgegebenen Normen des Staates gebunden. Er entwickelte sich aus den zunehmend benachteiligten – in den fünfziger Jahren u.a. den bürgerlichen – Milieus und fand seinen Ausdruck z.B. in den Widerstandshandlungen einzelner Personen, Flucht und Ausreise oder dem Juniaufstand 1953. Den politischen Widerspruch klassifiziert Neubert als die verbreitetste Form bewusster politischer Renitenz unterhalb von organisierter Opposition und Widerstand. Die Akteure verfügten über keine eigenen Strukturen, zielten nicht auf eine grundsätzliche politisch-ideologische Änderung, kritisierten aber einzelne Sachverhalte und Entwicklungen. Dieser Widerspruch vollzog sich z.T. innerhalb der SED, wurde aber auch, ohne einen hohen Politisierungsgrad zu erreichen, von außen durch Intellektuelle, Künstler, Subkulturen und soziale Sondergruppen vorgebracht. Diese reagierten auf Ignoranz und Repressionen der Machthaber und standen zuweilen mit der Opposition in Verbindung.<sup>3</sup>

In dieser Arbeit soll für den Bereich der staatlichen Kirchenpolitik zwischen den Jahren 1949 und 1953 unter besonderer Berücksichtigung der Hauptabteilung „Verbindung

- 
- 1 Protokoll der 67. Sitzung. In: Deutscher Bundestag, Bd. VII/1, 1995, S. 13; Kowalczuk, in: Deutscher Bundestag, Bd. VII/2, 1995, S. 1206, Zitat: S. 1207; Poppe/u.a., in: Poppe/u.a., 1995, S. 24; Eckert, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 1, 44. Jg., 1996, S. 51 ff.; Fricke, 1984, S. 14.
  - 2 Fricke, 1984, S. 11 ff.; Jesse, in: Deutscher Bundestag, Bd. VII/1, 1995, S. 996; Eckert, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 1, 44. Jg., 1996, S. 52 f.; Knabe, in: Deutschland-Archiv, Nr. 2, 29. Jg., 1996, S. 196 ff.; Kowalczuk, in: Deutscher Bundestag, Bd. VII/2, 1995, S. 1214 ff.; Kowalczuk konstatiert retrospektiv für die DDR-Gesellschaft: „Prinzipiell trifft für die Mehrheit der DDR-Bevölkerung zu, daß sich in ihr ein ewiger Kampf zwischen Wollen, Können und Machen vollzog. Dieses Spannungsverhältnis ist das Verhältnis zwischen widerständigem und anpassungsbereitem Verhalten.“ Kowalczuk, in: Deutscher Bundestag, Bd. VII/2, 1995, S. 1265.
  - 3 Neubert, 1997, S. 29 ff.

zu den Kirchen“ untersucht werden, inwieweit und mit welchen Mitteln es möglich war, Freiräume gegen die herrschende Doktrin der SED zu erlangen. Wie wurde „abweichendes Verhalten“ von der SED eingeschätzt und bekämpft? In welchen Bereichen und weshalb stellten SED und Sowjets ihre Bedenken zurück und ließen von sich aus nicht-konforme Personen und Gruppen partiell autonom gewähren? Waren solche Souveränitäten also „von oben“ fremdgewährt oder wurden sie „von unten“ durch relativ unabhängige Kollektive erkämpft?<sup>1</sup>

Bei der Beantwortung dieser Fragen hilft die Policy-Analyse weiter, die „*sich mit den Bedingungsbeziehungen zwischen Politik-Strukturen, Politik-Prozessen und Politik-Inhalten*“ beschäftigt, also nach dem Inhalt, den Einflußfaktoren sowie den Folgen und Wirkungen staatlicher Policies fragt. Für das Gebiet der Kirchenpolitik in der Anfangsphase der DDR wird – soweit die Akten darüber Aufschluß geben – ermittelt, wie die inhaltlichen Handlungsprogramme der beteiligten politischen Akteure gebildet wurden (policy), wie der konflikthafte Prozeß zwischen individuellen und kollektiven Akteuren um Macht und Einfluß, verlief (politics) und welche politischen Handlungsrahmen bzw. grundlegenden Organisationsformen und -normen des Staates den Hintergrund dafür bildeten (polity).<sup>2</sup>

In dieser ex-post-Analyse wird untersucht, aus welchen Gründen bestimmte Policies auf eine bestimmte Art und Weise formuliert und durchgeführt wurden bzw. gewirkt haben. Um zu möglichst umfassenden Einblicken zu gelangen, wird innerhalb der Untersuchung auf das gesamte Spektrum möglicher Erklärungsansätze zurückgegriffen; disziplinäre Grenzen werden nicht berücksichtigt.<sup>3</sup> So erleichtern beispielsweise gruppensoziologische Erkenntnisse das Verständnis für die starke Kohäsion der Hauptabteilung gegenüber einem sie z.T. anfeindenden Staat oder bietet die Rollentheorie einen Ansatz zur Erklärung der zuweilen mangelhaften Identifikation einiger Mitarbeiter der Nuschke-Dienststelle mit den von der Regierung der DDR verkündeten Zielen.

Die Studie thematisiert, soweit nach Aktenlage rekonstruierbar, den gesamten Prozeß von der Formulierung über die Durchführung bis hin zur Evaluierung staatlicher Politik.

---

1 Kocka, in: Kocka, 1993, S. 24; Meuschel, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 19. Jg., 1993, S. 6, 10; Jesse, in: *Deutscher Bundestag*, Bd. VII/1, 1995, S. 996.

2 Schubert, 1991, S. 13; Jann, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 47, 26.11.1983, S. 27 (Zitat); Jann, 1981, S. 12, 21, 29; Jann, in: *Verwaltung und Fortbildung*, Nr. 4, 13. Jg., 1985, S. 177; Rohe, <sup>2</sup>1994, S. 62 f.

3 In diesem Sinne stellt der Politologe Werner Jann fest: „*Gesellschaftliche Probleme, die durch unterschiedliche Policies bearbeitet werden sollten, halten sich offensichtlich nicht an die bestehende wissenschaftliche Arbeitsteilung. Faktoren, die die Formulierung, Durchführung und die Wirkung von Policies beeinflussen können, sind höchstwahrscheinlich nicht allein auf irgendein >zuständiges< materielles Fach begrenzt [...].*“ Diese Interdisziplinarität war auch im Sinne der amerikanischen Begründer der policy analysis, Charles E. Merriam, Daniel Lerner und Harold D. Lasswell, die hier die Möglichkeit sahen, der Zerfaserung wissenschaftlichen Denkens in der Nachkriegszeit entgegenzuwirken und sich fachübergreifend auf die gemeinsame Bearbeitung von Problemen zu verständigen. Jann, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 47, 26.11.1983, S. 28 (Zitat); Thiery, in: *Mols/Lauth/Wagner*, 1994, S. 232.

Die Begutachtung umfaßt die intendierten Aktivitäten und Ziele wie auch die nicht-intendierten Abläufe und Ergebnisse gleichermaßen wie „nondecisions“ oder informelle Strukturen und Prozesse, soweit diese nachweisbar sind. Dazu werden die Organisations- und Personalstruktur des politisch-institutionellen Systems, die Transparenz und Kontrollierbarkeit der einzelnen Dienststellen, die Beziehungen zwischen den Institutionen von Regierung und SED sowie deren Kompetenzverteilung beleuchtet und die Kommunikationsstruktur der mit Kirchenfragen befaßten Organe analysiert: Wie ist die Nachrichtenerhebung und -verteilung geregelt, wer bestimmt die Verfügbarkeit von Informationen, wie können Kommunikationsdefizite ausgeglichen werden?

Darüber hinaus untersucht die Arbeit die Steuerungsinstrumente des Staats- und Parteiapparates. Bedienen sie sich administrativer Mittel, d.h. arbeiten sie regulativ, z.B. über Gebots-/ Verbotsnormen, Befehle, Zwang, Gesetze, greifen sie auf ökonomische Maßnahmen zur Beeinflussung der Adressaten zurück, wie z.B. die Steuerpolitik, oder beschränken sie sich auf propagierende Instrumente, um ihrer Auffassung Gehör zu verleihen? Auf welche Weise verschaffen sich die individuellen und kollektiven Akteure Einfluß auf die kirchenpolitischen Entscheidungen?<sup>1</sup>

Des weiteren werden z.T. die Lebensumstände, das Handeln und die dahinter stehenden Wertorientierungen der wichtigsten Protagonisten der Hauptabteilung, des Staatsapparates und der SED analysiert und der Frage nachgegangen, welches ihre öffentlichen und welches ihre internen Akteurspräferenzen sind, also wie die Personen nach außen hin und wie sie gegenüber Vertrauten auftreten. Korrelieren die persönlichen Werte der Hauptabteilungsmitarbeiter mit den durch die SED vorgegebenen gesellschaftlichen Werten? Wie sehen die Verhaltensmuster, politischen Gewohnheiten, Verhaltensstile der wichtigsten Akteure aus? Welche Handlungsspielräume und -restriktionen gibt es für die Handelnden?<sup>2</sup> Diesen Fragen soll in der Studie nachgegangen werden.

### *Quellenlage*

Der Untergang des ostdeutschen Staates bescherte der DDR-Forschung innerhalb kürzester Zeit den Zugang zu einem solch großen Quellenreservoir, daß eine komplette Auswertung dieser Dokumente erst nach und nach vorgenommen werden kann. Die kritische Aufarbeitung des Materials, bei deren Erstellung die Dienststellen der DDR-Regierung und der SED nicht damit rechneten, daß es eines Tages von Historikern und Politologen ausgewertet werden würde, stellt für die Wissenschaftler eine große und schwierige Herausforderung dar.

---

1 Jessen, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Nr. 1, 21. Jg., 1995, S. 110; Jann, in: *Verwaltung und Fortbildung*, Nr. 4, 13. Jg., 1985, S. 177; Jann, 1981, S. 7, 18, 61 ff.; Thiery, in: *Mols/Lauth/Wagner*, 1994, S. 235.

2 Prittwitz, 1994, S. 18, 29, 33, 87, 238; Lappassade, 1967, S. 58; Narr, 1969, S. 19; Kowalczyk, in: *Deutscher Bundestag*, Bd. VII/2, 1995, S. 1233, 1266; Broszat, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Nr. 3, 34. Jg., 1986, S. 295.

Für die Erstellung dieser Studie waren die Aktenbestände diverser Archive von großer Bedeutung. Die umfangreichsten Materialien zum Thema Kirchenpolitik befinden sich in der Potsdamer Außenstelle des Bundesarchivs Koblenz, welches u.a. die Bestände des „Staatssekretärs für Kirchenfragen“, des „Ministeriums des Innern“ und des „Ministerrats der DDR“ beherbergt, sowie im ehemaligen SED-Parteiarhiv in Berlin, der heutigen Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv. Hier sind neben den Beständen „Kirchenfragen“ und „Befreundete Organisationen“ vor allem die Nachlässe der SED-Vorsitzenden Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck sowie des SED-Generalsekretärs Walter Ulbricht sehr aufschlußreich. Einige nach der Bearbeitung dieser Materialien bestehende Lücken konnte die Gauck-Behörde, also das Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, schließen. Da Otto Nuschke nicht nur der Dienstaufsichtsführende in der Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“, sondern auch Vorsitzender der Ost-CDU war, fanden sich weitere wichtige Ergänzungen zur Kirchenpolitik der SED, der Ministerien und der Hauptabteilung im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in St. Augustin bei Bonn. Vereinzelt Archivalien in anderen Archiven vervollständigten das Bild. Hier sind vor allem die Außenstellen des Bundesarchivs Koblenz in Dahlwitz-Hoppegarten (Bestand: „Nationalrat der Nationalen Front“) und in Coswig (Bestand: „Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle“), das Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung und das Landesarchiv Berlin zu nennen.

Wichtige Aufschlüsse lieferte darüber hinaus das Evangelische Zentralarchiv in Berlin. Die hier zusammengefaßten Archivalien, besonders die Bestände „Evangelischer Oberkirchenrat“, „Propst Grüber – Bevollmächtigter des Rates der EKD bei der Regierung der DDR“ und „Evangelische Kirche in Deutschland – Kirchenkanzlei für die Gliedkirche in der DDR“, veranschaulichen die Auffassung der „Gegenseite“ zum Staat, bildeten zuweilen ein wichtiges Korrektiv für die Einordnung der Beurteilungen der SED und halfen auf diese Weise bei ihrer Relativierung.

Der Quellenwert der Archivalien ist sehr unterschiedlich. Wer war der Autor, wann und mit welcher Absicht verfaßte er die Quelle, wer war der Adressat? Diese Informationen stehen nicht für alle Materialien zur Verfügung, und daher ist ihre Beurteilung häufig sehr schwierig. Grundsätzlich ist festzuhalten: die Unterlagen sind unzuverlässiger, je weiter der Verfasser vom Gegenstand seiner Berichterstattung entfernt ist. Originale Berichte sind authentischer als ihre Zusammenfassungen durch Personen, die nicht unmittelbar in die jeweiligen Geschehnisse involviert sind. Archivalien, die propagandistischen Zwecken dienten, für die Öffentlichkeit bestimmt waren und also die Bevölkerung in einer vorgegebenen Weise, beispielsweise gegen den Westen oder für die Erfüllung des Wirtschaftsplans beeinflussen sollten, sind vom Erkenntniswert her nicht so bedeutsam wie interne Vermerke der SED oder der Ost-CDU. Aber auch bei letzteren gilt es zu beachten, daß sie von übergeordneten Parteidienststellen zur Kenntnis genommen wurden. Diese hegten ihrerseits wiederum eine gewisse Erwartungshaltung gegenüber dem Verfasser solcher Notizen, welcher dieser, eventuell durch bewußte Fehlinterpretation oder Verzerrung der tatsächlichen Verhältnisse, möglicher-

weise entgegenkommen wollte. Joachim Gauck, oberster Verwalter der MfS-Akten, stellt zu seinen Beständen in diesem Sinne fest: „Man muß davon ausgehen, daß die in den Akten vorgenommenen Bewertungen und Einschätzungen über einen Bürger eingefärbt waren und einem Vorverständnis unterlagen [...]“. Dennoch sei trotz Schönfärberei das Aktenmaterial keineswegs so grob verfälscht, daß es keine Aussagekraft besitze, und er kommt zu dem Ergebnis, „daß die Unterlagen einen besonders hohen Aussagewert haben. Das heißt, die Autorenschaft durch einen Diktator besagt nicht, daß die Akten automatisch falsch sind.“<sup>1</sup>

Als problematisch erweist sich darüber hinaus, daß Informationen über die Sitzungen der höchsten Parteigremien nur durch Beschlußprotokolle überliefert sind. Auf diese Weise lassen sich die Diskussionen auf den Tagungen des Sekretariats und des Politbüros des ZK der SED sowie des Politischen Ausschusses der Ost-CDU kaum nachvollziehen. Spärliche Aufschlüsse darüber bieten lediglich die Vorlagen für die einzelnen Sitzungen bzw. bei der Ost-CDU vereinzelt existierende „ausführliche Fassungen“ von Protokollen des Politischen Ausschusses, die aber inhaltlich nur gering über die Beschlußprotokolle hinausgehen.

Zudem bleibt zu bedenken, daß die Archivalien im wesentlichen nur Aufschluß über schriftlich fixierte Inhalte geben. Vertrauliche Gespräche, Telefonate, Andeutungen, mündliche Anweisungen, etc., über die keine Vermerke angelegt wurden, aber z.B. von sowjetischen Dienststellen als ebenso bindend wie schriftliche Anordnungen gesehen wurden, finden in den Akten keinen Niederschlag und lassen sich nur durch eine Zeitzeugenbefragung – unter Berücksichtigung der damit verbundenen quellenkritischen Probleme – zumindest teilweise aufarbeiten.<sup>2</sup>

Wichtige neue Erkenntnisse wird die Öffnung der sowjetischen Archive bringen. Bislang ist nur ein Bruchteil der Unterlagen von der Forschung ausgewertet worden, aber einzelne Veröffentlichungen zeugen bereits von der Bedeutung dieser Dokumente für die Politik der DDR.<sup>3</sup> Probleme gibt es hier einerseits dadurch, daß die Archive, die Aufschluß über die Beziehungen zwischen dem ZK der KPdSU und Stalin bzw. zwischen Stalin und der sowjetischen Regierung geben, noch nicht zugänglich sind. Zum anderen behindert die Sicherung von Exklusivrechten auf sowjetische Archive, der

---

1 Gauck, 1991, S. 94 (Zitat); Wir waren ein angepaßtes Volk. In: Süddeutsche Zeitung, 23.6.1995, S. 8 (Zitat); Henke/Engelmann, in: Henke/Engelmann, <sup>2</sup>1995, S. 11; Engelmann, in: Henke/Engelmann, <sup>2</sup>1995, S. 24.

2 Wolle, in: Henke/Engelmann, <sup>2</sup>1995, S. 215; Foitzik, in: Broszat/Weber, 1990, S. 40.

3 Naimark, Norman M.: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949. Berlin 1997; Creuzberger, Stefan: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ. Weimar/Köln/Wien, 1996; Foitzik, Jan (Bearb.): Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. München/New Providence/London/Paris 1995.

Daneben sei auf die Aufsätze u.a. von Jochen Laufer, Bernd Bonwetsch und Elke Scherstjanoi verwiesen. Scherstjanoi hat zudem eine Studie über die SKK verfaßt, die jedoch zum Redaktionsschluß dieser Arbeit noch nicht vorlag: Das SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949–1953. Eine Dokumentation. München 1998.

„Einzug des Marktes in die Welt der Archive“, deren wissenschaftliche Auswertung. Zu recht bemängelt Berthold Unfried, daß „gelegentlich merkantile Archivverwertungsstrategien an die Stelle früherer politischer Geheimhaltung getreten sind.“<sup>1</sup>

### *Aufbau der Untersuchung*

Das erste Kapitel der Arbeit behandelt zusammenfassend die Rahmenbedingungen, vor denen sich die Kirchenpolitik in der SBZ/DDR vollzog. Es wird ein kurzer Überblick über die Errichtung von staatlichen Behörden zur Regelung der Kirchenfragen in anderen sozialistischen Staaten in der Nachkriegszeit gewährt, um zu verdeutlichen, daß die Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“ keine isolierte und originäre Schöpfung des ostdeutschen Staates war, sondern in einer größeren Kontinuität und im Zusammenhang zu anderen mit diesem Ressort befaßten Dienststellen stand. Eine Analyse der sowjetischen Kirchenpolitik in der SBZ/DDR, die die unterschiedlichen Zielsetzungen der Besatzungsmacht in dieser Frage und ihre Koppelung an die Gesamtproblematik der sowjetischen Deutschlandpolitik verdeutlichen soll, beschließt den ersten Teil.

Diesem Abschnitt folgt eine Untersuchung der Institution der Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“ und des eng damit kooperierenden Sekretariats des stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke. Wie sah die personelle Ausstattung der beiden Dienststellen aus? Entsprach diese den Stellenplänen? Wie wurden die Mitarbeiter rekrutiert? Welche Änderungen ergaben sich aus welchen Gründen im Mitarbeiterstab? Welche Aufgaben fielen dem staatlichen Kirchenamt zu? Daran schließt sich die Erforschung der umfangreichen Bemühungen zahlreicher Staats- und Parteidienststellen zur personellen Reorganisation des Nuschke-Amtes an und die Suche nach den Motiven für diese besonders seit dem Sommer 1952 zunehmenden Aktivitäten. Kurze biographische Ausführungen zu den Leitern des staatlichen Kirchenamtes sowie ihren wichtigsten Referenten der Jahre zwischen 1949 und 1953 beschließen dieses Kapitel. Auf diese Weise sollen für den Leser die persönlichen Einstellungen und Werthaltungen des Hauptabteilungspersonals in diesem Zeitraum auch als Folge ihrer Biographie vor 1949 nachvollziehbarer gemacht werden.

Der dritte Teil spiegelt die Institution Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“ in den größeren Rahmen des SED-Staates ein. Sowohl die den Einfluß des staatlichen Kirchenamtes hemmenden als auch die seine Kompetenzen erweiternden Faktoren werden analysiert, systematisiert und die wichtigen Zusammenhänge zwischen der Kirchenpolitik und der Deutschlandpolitik von SED und Sowjets erörtert. Darüber hinaus steht die polity im Mittelpunkt dieses Abschnitts. Das Verfassungsverständnis der leitenden Hauptabteilungsmitarbeiter und der führenden Genossen in Regierung und Partei wird ebenso wie die Verfahrensregeln und Organisationsformen des Staates, das reale und das angestrebte Normensystem thematisiert und in die politische Kultur der ostdeutschen Nachkriegsgesellschaft eingeordnet.

---

1 Unfried, in: Zeitgeschichte, Nr. 7/8, 22. Jg., 1995, S. 267 (Zitate); Naimark, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 4, 43. Jg., 1995, S. 301 ff.

Das folgende Kapitel widmet sich ausführlich dem politics-Aspekt, d.h. dem konflikthaften Kampf um Einfluß auf die DDR-Kirchenpolitik zwischen dem staatlichen Kirchenamt und anderen Regierungs- und SED-Behörden. Durch den Zugang zu den ostdeutschen Archiven ist es möglich, anhand von konkreten Konfliktfeldern, die die Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche in den ersten Jahren nach der Gründung der DDR dominierten, den harten Konkurrenzkampf um die Macht genau zu sezieren und zum Kern der oberflächlich als Kompetenzgerangel erscheinenden Streitigkeiten vorzustoßen. Einzelne Phasen dieses Konflikts und seine Regelung können ausgemacht und die dahinterstehenden grundlegenden Haltungen der Akteure offenlegt werden. Ein zusammenfassendes Fazit beschließt die Untersuchung.

## 1.2 Rahmenbedingungen

### 1.2.1 Staatliche Kirchenämter in den „Volksdemokratien“

Die Konstituierung der Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“ im Jahr 1949 als eine staatliche Behörde, die sich ausschließlich mit den Angelegenheiten der Kirchen und Religionsgemeinschaften zu befassen hatte, war keine originäre Schöpfung der SED bzw. der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Im Nachkriegsdeutschland von 1945 bis 1949 entwickelten die Alliierten teils ähnliche, teils unterschiedliche Vorstellungen darüber, welche Maxime sie künftig ihrer Politik gegenüber den Kirchen und Religionsgemeinschaften zugrunde legen wollten. In allen Besatzungszonen existierten Ämter, die sich mit diesen Fragen befaßten. Dabei stand zunächst das Bestreben nach einer einheitlichen, besatzungszonenübergreifenden Regelung der Kirchenpolitik im Mittelpunkt. Dieses Vorhaben scheiterte letztlich an diesbezüglichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten und den Sowjets.<sup>1</sup>

Doch Vorbilder für die Institutionalisierung eines staatlichen Kirchenamtes finden sich ebenso in den sozialistischen „Bruderländern“ der DDR. Bereits im Jahr 1943 schlug die Sowjetunion einen neuen kirchenpolitischen Kurs ein, nachdem der russisch-orthodoxen Kirche durch das Trennungsdekret von 1918 zahlreiche bis dahin gewährte Privilegien genommen wurden. Stalin nahm als Pragmatiker keine Rücksicht auf ideologische Vorbehalte. Er benötigte die Kirche, um in der kriegsentscheidenden Situation die Reste der Bevölkerung zu organisieren, und schloß ein Konkordat mit der russisch-orthodoxen Kirche, deren Loyalität er nun gewiß sein konnte. Im gleichen Jahr wurde daraufhin mit dem „Rat für die Angelegenheiten der Russisch-Orthodoxen Kirche“

---

1 Literatur zur Kirchenpolitik der Alliierten im Nachkriegsdeutschland: Besier, 1986; Boyens, in: Boyens/u.a., 1979; Strobel 1992; Thierfelder, in: Besier, 1989; Thierfelder, in: Geschichte und Gesellschaft, 18. Jg., 1992; Thierfelder, in: Kirchliche Zeitgeschichte, Nr. 1, 2. Jg., 1989; Vollnhals, in: Deutschland-Archiv, Nr. 5, 27. Jg., 1994.

erstmal eine Staatsbehörde geschaffen, die sich offiziell mit den Fragen der Kirchenpolitik befaßte.<sup>1</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg folgten die „Bruderländer“ dem sowjetischen Vorbild und konstituierten besondere Behörden, die mit der Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche befaßt waren.<sup>2</sup> Rumänien bildete am 4. Februar 1949 ein Kultusministerium, das für die Überwachung religiöser Institutionen verantwortlich war. Später ging diese Kompetenz auf ein eigenes Kirchenministerium, kurz darauf an ein dem Ministerrat angegliedertes Departement für Kirchenfragen über.<sup>3</sup> Die Tschechoslowakische Republik beschloß am 14. Oktober 1949 – beinahe zeitgleich mit der DDR – die Gründung eines staatlichen Kirchenamtes. Dieses hatte zwar nicht, wie zeitweilig in Rumänien, die Stellung eines Ministeriums, wurde aber von einem durch den Präsidenten benannten Minister geführt und war direkt dem Staatspräsidenten unterstellt. Die Aufgabe dieses Amtes bestand darin, für die Übereinstimmung der Entwicklung des religiösen Lebens mit den „Prinzipien der volksdemokratischen Ordnung“ zu sorgen.<sup>4</sup> Analog entstanden vergleichbare Einrichtungen mit der Gründung eines Amtes für Bekenntnisangelegenheiten am 27.5.1950 in Polen sowie in Ungarn durch die Bildung eines Staatlichen Amtes für kirchliche Angelegenheiten im Mai 1951.<sup>5</sup>

- 
- 1 BArch Potsdam, O-4, 2475: Ausführungen des Staatssekretärs über das Verhältnis von Staat und Kirche in der UdSSR und den Volksdemokratien, 3.12.1957; Goerner, 1997, S. 23 ff.; Theodorowitsch, 1970, S. 28 f.; Seidel, in: Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg, 1994, S. 38 f.; Kolarz, 1963, S. 52 ff.; Haroska, in: Iwanow, 1960, S. 8; Feron, 1963, S. 55; Luchterhandt, 1978, S. 21.
  - 2 In Rumänien wurde am 4.2.1949 ein Kultusministerium gebildet, das die Überwachung der religiösen Institutionen im Staat gewährleisten sollte. Später übernahm ein Ministerium für Kirchenangelegenheiten diese Aufgaben. ACDP, III-013, 789: Dekret vom 3.8.1948 über das allgemeine Regime des religiösen Erlasses vom 4.2.1949 über die Bildung eines Kultusministeriums zur Überwachung und Kontrolle der religiösen Institutionen durch den Staat; BArch Potsdam, O-4, 2475: Gedächtnisprotokoll über den informatorischen Bericht des Staatssekretärs zur Konferenz in Budapest, 10.9.1957
  - 3 ACDP, III-013, 789: Dekret vom 3.8.1948 über das allgemeine Regime des religiösen Erlasses vom 4.2.1949 über die Bildung eines Kultusministeriums zur Überwachung und Kontrolle der religiösen Institutionen durch den Staat; BArch Potsdam, O-4, 2475: Gedächtnisprotokoll über den informatorischen Bericht des Staatssekretärs zur Konferenz in Budapest, 10.9.1957.
  - 4 BArch Potsdam, O-4, 935: Gesetzblatt der Tschechoslowakischen Republik, herausgegeben am 17.10.1949; BArch Potsdam, O-4, 2446: 228. Regierungsverordnung vom 25.10.1949 über die Befugnis und Organisation des Staatsamtes für Kirchenangelegenheiten; BArch Potsdam, O-4, 2475: Arbeitsberatung mit den tschechoslowakischen Freunden in Berlin, 27.3.1957; SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/14/79, B. 14 ff.; SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/14/86, Bl. 30 ff.
  - 5 BArch Potsdam, O-4, 2446: Beschluß des Ministerrates vom 27.5.1950 über das vorläufige Organisationsstatut des Amtes für Bekenntnisangelegenheiten; Seidel, in: Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg, 1994, S. 40 ff.; SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/14/79, Bl. 14 ff.; BArch Potsdam, O-4, 1269: Bulletin der Botschaft der Ungarischen Volksrepublik in der Deutschen Demokratischen Republik, 18. Jg., Nr. 2 Januar 1988 (Zitat); SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/14/86, Bl. 48; ACDP, VII-013, 797: Amtsblatt der ungarischen Volksrepublik, Nr. 77, 19.5.1951.

Der Status dieser Dienststellen und ihrer Leiter hing von der jeweiligen Situation der Kirchen und Religionsgemeinschaften in den betreffenden Ländern ab. In der Regierungshierarchie waren die Amtsleiter meist sehr hochrangig und ihre Behörde arbeitete eng mit dem Ministerrat zusammen. Das wies auf eine zunehmende Bedeutung der Kirchenpolitik in den „Volksdemokratien“ hin.

## 1.2.2 Sowjetische Kirchenpolitik in Deutschland

Die Kirchenpolitik der sowjetischen Besatzungsmacht war von der politischen Großwetterlage abhängig. Benötigte die SMAD/SKK die Kirchen zur Unterstützung ihrer Politik, so umwarb sie diese durch die Gewährung von Privilegien und Freiräumen. Bedurfte man ihrer nicht, wurde der ideologische Aspekt des Dialektischen Materialismus in den Vordergrund gerückt und versucht, die kirchlichen Möglichkeiten auf die reine Kultausübung zu reduzieren.

Die zunächst aufgeschlossene Haltung der Sowjets war auf vier Ursachen rückführbar. Erstens gab es in der Roten Armee religiös orientierte Soldaten, die eine kirchenfeindliche Haltung irritiert hätte. Zweitens honorierte die Militäradministration auf diese Weise den Widerstand der Kirchen während der NS-Zeit; sichtbarer Ausdruck der Anerkennung dafür war die Gewährung der eigenverantwortlichen innerkirchlichen Entnazifizierung durch die SMAD. Drittens gewann die evangelische Kirche mit der Gründung der EKD als gesamtdeutsche Organisation für die deutschlandpolitischen Optionen der Sowjets erheblich an Bedeutung. Viertens, und dieser Punkt dürfte mit zunehmender Zeit dominierend gewesen sein, bemühte sich Stalin um die Kirchen als Bündnispartner bei der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Als die deutsche Spaltung drohte und sich abzeichnete, daß sich die Kirchen in der SBZ eher zu den Westmächten bzw. der Politik in den westlichen Besatzungszonen orientierten, verschärfte die UdSSR ihre Haltung gegenüber den Kirchen und griff u.a. direkt in die (Kirchen-)Politik der SED ein.<sup>1</sup>

Welche sowjetischen Instanzen zeichneten für die Gestaltung der Kirchenpolitik in der SBZ/DDR verantwortlich?<sup>2</sup>

Bei der SMAD leitete Oberst Sergej Tjulpanow die Verwaltung für Propaganda, 1947 umbenannt in Verwaltung für Information. Diese war offiziell nur eine von mehreren SMAD-Abteilungen, weitete seine eigenen Kompetenzen jedoch zunehmend auf alle innenpolitischen Fragen aus und stellte neben dem mit ihr um den politischen Einfluß in Ostdeutschland konkurrierenden Politischen Berater eines der wichtigsten Organe der Militäradministration dar. Tjulpanow, der in der offiziellen Hierarchie keine dominante Stellung innehatte, aber de facto über großen Einfluß verfügte, stand bei den

1 Seidel, 1989, S. 78 ff.; Thierfelder, in: Besier/u.a., 1989, S. 16; Kleßmann, 1986, S. 61; Besier, 1993, S. 23 f.; Goerner, 1997, S. 30 f.

2 Als zusätzliches Problem zur geringen Erschließung sowjetischer Akten gesellt sich in diesem Zusammenhang die von Forschern unterschiedlich vorgenommene Transkription der sowjetischen Namen von kyrillischen in lateinische Buchstaben.

Kirchenvertretern in dem Ruf eines schwierigen und kompromißlosen Verhandlungspartners, der sich aber andere Meinungen durchaus anhörte. Die Abteilung für Information/Propaganda, die u.a. mit kulturellen Aufgaben befaßt war, setzte sich aus unterschiedlichen Sektionen zusammen: Presse, Rundfunk, Zensur, Parteien, Gewerkschaften, Jugend sowie Kirchenfragen.<sup>1</sup>

Für den Bereich der Kirchen und Religionsgemeinschaften war Hauptmann Wsewolod A. Jermolajew vier Jahre lang verantwortlich, der die deutsche Sprache beherrschte und bei den Kirchen – obgleich selbst kein Christ – ein geschätzter Gesprächspartner war.<sup>2</sup> Ob er diese Tätigkeit allein ausgeübt hat oder es einen regelrechten Apparat gab, der sich mit den Kirchen beschäftigte, ist nicht bekannt. Sein direkter Vorgesetzter scheint Major Wassiljew, gemäß Propst Grübers Aufzeichnungen Dezernent für Massenorganisationen bei der SMAD, gewesen zu sein.<sup>3</sup> Nach Gründung der Deutschen Demokratischen Republik löste Oberleutnant Moltaschanow im Dezember 1949 Hauptmann Jermolajew für wenige Monate ab und hatte das Amt bis Ende Februar 1950 inne.<sup>4</sup> Im Jahr 1951 gab sich ein Leutnant Grenko<sup>5</sup> gegenüber der Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“ als Kirchenbeauftragter der Sowjetischen Kontrollkommission zu erkennen, der seine Weisungen von Oberstleutnant Ljulko bezog.<sup>6</sup>

1 Strunk, 1989, S. 68, S. 73; Grüber, in: Hildebrandt, 1991, S. 169 f.; Seidel, 1989, S. 75; Bonwetsch/Bordjugow, in: Deutsche Studien, Nr. 123/124, 31. Jg., 1994, S. 247 ff.; Creuzberger, 1996, S. 33 ff.

Naimark und Creuzberger, die wie auch Bonwetsch und Bordjugow interessante Einblicke in die Arbeit der Abteilung Information/Propaganda sowie des Politischen Beraters bieten, sprechen für 1945/46 von einem Anwachsen auf zehn Abteilungen, der SMAD-Hauptreferent für Jugendfragen Bejdin berichtet von insgesamt sieben Sektionen im Jahr 1947: Parteien, Gewerkschaften, Presse, Kultur, Propaganda, Jugend, Frauen. Naimark, 1997, S. 410; Creuzberger, 1996, S. 36 ff.; Bejdin, in: Bildung und Erziehung, Nr. 4, 45. Jg., 1992, S. 417 ff.

2 Grüber, 1967, S. 263 f.; Meier, in: Conzenius, 1988, S. 233; EZA, 4/116: Niederschrift über die Konferenz der östlichen Landes- und Provinzialkirchen, 2./3.4.1946.

3 Grüber, in: Hildebrandt, 1991, S. 170;

Jermolajew habe in einem Gespräch mit Kirchenvertretern die Bitte verständnisvoll aufgenommen, kriegsgefangenen Pfarrern religiöses Schrifttum zuleiten zu können. Das wollte er aber zunächst mit seinem Vorgesetzten, Major Wassiljew, klären. In einem anderen Zusammenhang taucht ein Generalleutnant Sergei Georgewitsch Wassilew bei Foitzik auf. Er war im Jahr 1945 Chef der Verbindungsgruppe des Stabes der SMAD. Ob diese beiden identisch sind, ist ungeklärt. EZA, 4/KB I/40, Bd. 1: Vermerk, 26.4.1948 (Verfasser unbekannt); Foitzik, in: Broszat/Weber, 1990, S. 50;

Eine Meldung der Deutschen Presseagentur bestätigt, daß ein Oberst Wassiliewski vormals Kirchenoffizier der SKK gewesen sei. AdsD, Ostbüro, 0289, A I: DPA, Inf. 1930, 31.10.1952.

4 Strunk, 1989, S. 79; EZA, 4/KB I/40, Bd. 1, Bl. 195.

5 Eventuell auch: Chrenow.

6 BArch Potsdam, O-4, 2286, Bl. 4; BArch Potsdam, O-4, 1963: Grötschel an Seifert, 17.1.1953; Goerner vermutet, daß der in den Akten notierte Name „Ljulka“ falsch transkribiert wurde und es sich bei dem sowjetischen Funktionär um Oberstleutnant, später Oberst Ljulko handelt. Ljulkos Stellung innerhalb der Hierarchie der SKK nicht ganz geklärt. Im Februar 1951 führt ihn eine Liste der SKK-Mitarbeiter als stellvertretenden Chef der Abteilung für administrative Fragen, im Juli

In den Ländern der SBZ setzte die sowjetische Besatzungsmacht Religionsoffiziere ein. Diese legten die Verordnungen unterschiedlich aus, denn sie waren z.T. geprägt durch die Erfahrungen mit der Russisch-Orthodoxen Kirche, der ein anderes, stärker kultusorientiertes Kirchenverständnis zugrunde lag als dem DDR-Protestantismus.<sup>1</sup>

Auf der Ebene des Alliierten Kontrollrates gab es Bemühungen, die Kirchenpolitik im Nachkriegsdeutschland einheitlich zu gestalten. Hier wurde am 31. August 1945 das „Allied Religious Affairs Committee of the Directorate of Internal Affairs and Communications“ (ARAC) ins Leben gerufen, dem Mitglieder aller Besatzungsmächte angehörten. Für die sow-jetische Seite nahmen Jermolajew und Oberstleutnant Makuhin an den zunächst vierzehntägig und dann immer seltener stattfindenden Treffen teil. Zur angestrebten Vereinheitlichung über allgemeine Grundzüge hinaus kam es beim ARAC trotz anfänglicher Erfolge nicht. Die Westalliierten strebten eine Zusammenarbeit mit den Kirchen über politisch-ethische Fragen an, da das neue Deutschland auf christlichen Werten gegründet sein sollte. Dem schloß sich die UdSSR nicht an, da es eine von ihnen ungewünschte Verstärkung der Position der Westmächte wie der Kirchen mit sich gebracht hätte.<sup>2</sup> So scheiterte letztlich auch in Kirchenfragen der Versuch einer gemeinsamen Politik im Nachkriegsdeutschland.

#### 1945–1949

Nach dem Krieg wurde Otto Dibelius in sein Amt als Superintendent der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg wieder eingesetzt. Er formierte eine – bedingt legale – Kirchenleitung, die aus neutralen Pfarrern und Geistlichen der Bekennenden Kirche bestand, um die Etablierung einer der Besatzungsmacht angenehmen Kirchenführung durch die Sowjets zu verhindern.<sup>3</sup>

Der Kontakt zu den sowjetischen Verantwortlichen, den von evangelischer Seite außer Dibelius noch hauptsächlich Propst Grüber hielt, gestaltete sich zunächst unproblematisch. Die SMAD-Repräsentanten verhielten sich unerwartet entgegenkommend,

---

1952 wird Ljulko als stellvertretender Chef der Informationsabteilung bezeichnet. Möglicherweise wurde er in den folgenden Monaten zum Leiter dieser Sektion berufen. Jedenfalls sieht Grötschel, SED-Genosse im Innenministerium, Ljulko Anfang 1953 in dieser Position. Nach Goerner leitete Ljulko die SMAD-Abteilung für die Zusammenarbeit mit den örtlichen Verwaltungsorganen und arbeitete nach Auflösung der SKK bis 1955 in der sowjetischen Botschaft. SAPMO-BArch, ZPA, NL 182/1194: Protokollliste der SKK in Deutschland, 20.2.1951; SAPMO-BArch, ZPA, NL 90/316, Bl. 57 ff.; BArch Potsdam, O-4, 1963: Grötschel an Seifert, 17.1.1953; Goerner/Kubina, in: Deutscher Bundestag, Bd. VI/1, 1995, S. 639; Goerner, 1997, S. 180.

Ohne weiteren Beleg ist die DPA-Meldung vom Oktober 1952, daß der ehemalige Kirchenoffizier Wassiliew aus Moskau nach Ostdeutschland zurückbeordert worden sei, um erneut die Geschiecke der SKK-Kirchenpolitik zu lenken. AdsD, Ostbüro, 0289, A I: DPA, Inf. 1930, 31.10.1952.

1 Seidel, 1989, S. 68, 74; Goerner, 1997, S. 32.

2 Besier, 1986, S. 37 ff.; Thierfelder, in: Besier/u.a., 1989, S. 11, 15.

3 Stupperich, 1989, S. 356 f.; Grüber, in: Hildebrandt, 1991, S. 165.

gesprächs- und hilfsbereit.<sup>1</sup> Diesen Vertrauensvorschuß stellten die Sowjets vor allem in der Frage der Entnazifizierung unter Beweis, bei der sie den Kirchen sehr entgegenkamen und ihnen selbst den zwangsläufigen Reinigungsprozeß als Folge ihrer partiellen Verstrickungen mit dem Nationalsozialismus – unabhängig von Weisungen der Besatzungsmacht – überließen. Sie erhielten so die Möglichkeit zu beweisen, daß sie zum Lernen gewillt und zu einem Neubeginn fähig waren.

Die positive Stimmung änderte sich allmählich. Schon Mitte 1946 wurden Furcht und Mißtrauen der Sowjetunion deutlich, die Kirchen könnten kein verlässlicher Partner für den Wiederaufbau in Ostdeutschland sein und sich inhaltlich den Westalliierten zuneigen.<sup>2</sup> Man hoffte auf sie als Bündnispartner in einem Deutschland, das auf neuen ideologischen, „antifaschistisch-demokratischen“ Grundlagen aufgebaut werden sollte, war sich aber auf sowjetischer Seite in der Nachkriegssituation der Überzeugungskraft der eigenen politischen Anschauungen nicht sicher. Daher gab die SMAD der SED ein um die Mitarbeit der Christen beim deutschen Wiederaufbau werbendes Kommuniké in Auftrag: die religiöse Bekenntnisfreiheit werde garantiert; die Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft schließe die Mitgliedschaft in der vorgeblich religiös toleranten SED nicht aus; die positive Mitarbeit der Kirchen am deutschen Neuaufbau sei zu begrüßen. Soweit zur offiziellen Stellungnahme der SED.

Darüber hinaus reichte Otto Meier, im ZK der SED zusammen mit Anton Ackermann u.a. für die Kulturpolitik verantwortlich, einige „praktische“ Anleitungen für die Parteiarbeit nach. Der Haltung bzw. schwankenden Stimmung der Geistlichen auf dem Land, wo die SED die stärksten Widersacher gegen ihre Erneuerungspolitik mutmaßte, sollte besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Berechtigte kirchliche Rückgabeforderungen von beschlagnahmten Materialien oder Ländereien seien ebenso zu unterstützen wie die Neuanschaffung von sakralen Gegenständen bzw. die Renovierung der Gotteshäuser. Auseinandersetzungen um den Religionsunterricht sollten vermieden und Kompromisse gesucht werden. Gleiches galt für die kirchliche Wohlfahrtsarbeit.

Gegen Ende des Schreibens nannte Otto Meier den Grund für die konziliante Haltung, die die SED verordnete: die Wahlbewegung. Man wollte in den ersten Gemeinderatswahlen nach dem Krieg versuchen, auf legale Weise, ohne Ausnutzung des Macht-

- 
- 1 Sowohl Semjonow als auch der sowjetische Stadtkommandant von Berlin, Generaloberst Besarin, gaben ihr Placet zur Abhaltung von Religionsunterricht in den Schulen. Die SMAD unterstützte die Kirche bei der Versorgung der Teilnehmer der Kirchlichen Ostkonferenz Anfang April 1946 und übereignete Dibelius darüber hinaus sogar einen Wagen zur freien Verfügung. Zudem nahmen sowjetische Vertreter zuweilen an kirchlichen Tagungen teil. Stupperich, 1989, S. 403 f., 406; Strobel, 1992, S. 37; Vollnhals, in: Deutschland-Archiv, Nr. 5, 27. Jg., 1994, S. 478; EZA, 4/116: Dibelius an Tjulpanow, 16.4.1946.
  - 2 Otto Meier, im SED-Zentralsekretariat für die Bereiche Kultur, Schulung und Presse zuständig, berichtet von einer Besprechung mit SMAD-Major Nasarow, der eine Stellungnahme der SED zur ostdeutschen Kirchenpolitik verlangte. „Diese Stellungnahme ist für ihn [Nasarow – der Verf.] wichtig, weil anzunehmen ist, daß vom Westen her über die Kirchen Einfluß auf den östlichen Sektor genommen werden soll“, so Meier. SAPMO-BArch, ZPA, NL 215/113, Bl. 9 f., Zitat: Bl. 9.

monopols der SMAD und eventuell mit Unterstützung der Kirchen, eine deutliche Mehrheit in Ostdeutschland für sich zu vereinnahmen. Die bestehenden Konflikte mußten dazu überbrückt und die SED als eine religiös aufgeschlossene Partei nach außen hin erscheinen. Noch sah die SED offenbar die Chance, Christen ohne starken Druck durch Überzeugung an sich binden zu können. Gleichzeitig verriet Nasarows Befürchtung vor dem Westeinfluß in ostdeutschen Kirchenkreisen jedoch schon Mitte 1946 die sowjetische Angst vor der Instrumentalisierung der Kirchen und Religionsgemeinschaften in der SBZ im Sinne der westdeutschen Politik, die man um keinen Preis zuzulassen gewillt war.<sup>1</sup>

Diese Anordnung Otto Meiers wurde im Juli 1946 in allen Landes-, Provinzial- und Bezirksorganisationen verbindlich als „Unsere Stellungnahme zur Kirche“ verbreitet.<sup>2</sup>

Ab 1947 kühlten sich die Beziehungen der sowjetischen Besatzungsmacht zu den Kirchen ab. Die sowjetischen Befürchtungen bewahrheiteten sich, und die Kirchen folgten tatsächlich eher den westlichen Demokratievorstellungen als den östlichen. Darüber hinaus nahmen sie verstärkt Stellung zu politischen Tagesfragen und stellten die Sowjets damit vor ein ihnen unbekanntes Problem; denn die russisch-orthodoxe Kirche in ihrer Heimat beschränkte sich schwerpunktmäßig auf die Kulturausbung und bezog darüber hinaus kaum Position. Dennoch kam es nicht zu einem Abbruch der Beziehungen.<sup>3</sup> Doch mit zunehmender Zeit fühlte sich die SED nicht mehr an die Zusagen gebunden, bzw. eventuell waren diese Zusicherungen von sowjetischer Seite nur noch taktischer Natur, um die Kirchen so lange wie möglich ruhig zu halten.

Verstimmungen löste bei den Sowjets die kirchliche Zurückhaltung im Zusammenhang mit dem „Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“ Anfang Dezember 1947 aus. Diese hatte eine Reserviertheit der überwiegend kirchlich gebundenen Bevölkerung in Ostdeutschland zur Folge und schadete dem Image des Volkskongresses als Vertretung aller Deutschen. Die SMAD erkannte dies und beklagte sich bei Generalsuperintendent Krummacher darüber, zeigte sich ihrerseits kirchlichen Anliegen gegenüber aber noch aufgeschlossen.<sup>4</sup>

---

1 Creuzberger, 1996, S. 79 ff.; SAPMO-BArch, ZPA, NL 215/113, Bl. 9 f.

2 Die ins Leben gerufene Kirchenkommission der SED sollte eine dauerhafte Instanz werden und laufend zu Kirchenfragen Stellung beziehen. SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/5/187, Bl. 1 f.

3 So sicherte Jermolajew den Kirchen wiederholt (auf der Kirchlichen Ostkonferenz, 23.10.1947; Gespräch mit Kirchenrat Hildebrand, 5.4.1948) die Möglichkeit einer eigenen Jugendarbeit zu, vorausgesetzt, sie entwickle keinen Organisationscharakter. Zudem versprach er eine Erhöhung der Auflage kirchlicher Periodika. EZA, 4/117: Sitzung der Ostkirchenkonferenz, 22.10.1947; SAPMO-BArch, ZPA, 2/14/64, Bl. 1 ff.; BArch Potsdam, O-1/11/873, Bl. 96 f.

4 Besier, 1993, S. 53 ff.; Goerner, 1997, S. 54 ff.;

Die Kirche erhielt die Erlaubnis zur Durchführung von Weihnachtsgottesdiensten in allen Internierungslagern, ebenso war die von Nuschke unterstützte Forderung nach einer Amnestie der Häftlinge im Herbst 1948 zumindest teilweise erfolgreich. EZA, 7/4234: Kanzlei der EKID, Berliner Stelle, 17.12.1947; Strobel, 1992, S. 126; ACDP, VII-011, 1899: III. Parteitag der Ost-CDU, 18./19.9.1948 (stenographisches Protokoll).